

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus. Einzige Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gesellschaftliche Artikel und Berichterstattungen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das ist gedruckte Wort 20 Pfg. (zweifach 2 Zeilen gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 31. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ende des Londoner Streiks.

London, 27. Juli. (Eig. Ver.)

Der Londoner Hafnarbeiterstreik ist beendet. Die Streikleitung hat die Arbeiter aufgefordert, Montag (29. Juli) die Arbeit wieder aufzunehmen. In einem von dem Streikkomitee und dem Vorstand des Transportarbeiterverbandes unterzeichneten Manifest heißt es, daß das Komitee zehn Wochen lang versucht habe, die Streitigkeiten mit den Unternehmern durch Verhandlungen beizulegen; aber die Arbeitgeber hätten erbarmungslos von ihrer stärksten Waffe, der Hungerpeitsche, Gebrauch gemacht. Durch ihren Mut und ihre Hingebung hätten sich die Streikenden um die Arbeiterbewegung verdient gemacht. Nachdem alle angemessenen Mittel der Verständigung fehlgeschlagen, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen, um eine schimpfliche Demütigung zu vermeiden. Indem die Streikleitung die Wiederaufnahme der Arbeit empfehle, erkläre sie, daß alle vor dem Streik bestehenden Verträge unverändert aufrecht erhalten werden müßten. Die Handlungsweise der Arbeitgeber deute darauf hin, daß diese nicht nur gegen den Transportarbeiterverband, sondern auch gegen die einzelnen Gewerkschaften feindliche Absichten hegten. Die Loyalität, die die Arbeiter während des Kampfes bewiesen hätten, müsse daher unter allen Umständen bewahrt werden. Der Transportarbeiterverband bilde die einzige Hoffnung der Arbeiter; er sei das wirksamste Mittel, um von den Arbeitgebern eine anständige Behandlung zu erzwingen. Das Manifest schließt mit einer Dankagung an alle, die den Arbeitern und ihren Frauen und Kindern in so edelmütiger Weise geholfen haben.

Robert Williams, der Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, erklärte nach der Veröffentlichung des Beschlusses:

„Ich kann im Namen des Verbandes erklären, daß wir den einzigen Weg eingeschlagen haben, der uns offen stand. Unsere Lage wurde beständig schlechter und jeder Versuch von unserer Seite, die Verhandlungen noch länger fortzusetzen, wird von den Arbeitgebern benützt, um uns zu einer schimpflichen Uebergabe zu zwingen. Wir geben zu, daß wir zurückgeschlagen worden sind, aber wir sind keineswegs besiegt worden. Ich glaube, die Feindseligkeit der Arbeitgeber gegen den Verband ist das beste Lob, das man unseren Organisationen spenden kann. Ich bin besonders stolz auf den Kampf, den die Londoner durchgemacht haben, und ich hoffe, daß sie erkennen werden, daß die unverbrüchliche Feindschaft und der Haß der Arbeitgeber gegen unseren Verband die einzige Hoffnung auf den schließlichen Erfolg ist. Ein nationaler Streik ist nun natürlich auf beträchtliche Zeit aufgeschoben.“

Dieser denkwürdige Hafnarbeiterstreik, der nunmehr beendet ist, hatte seine direkte Ursache in einem kleinen Streitfall zwischen der Gewerkschaft der Lichterschiffen und einer Firma namens „The Mercantile Lighterage Company“. Diese Firma bestand darauf, entgegen dem Verträge (wie von den Arbeitern behauptet wurde) einen Arbeiter anzustellen, der nicht Mitglied der Gewerkschaft war, wohl aber einer anderen nichtgewerkschaftlichen Organisation angehörte. Die Arbeiter weigerten sich darauf, mit diesem Manne zusammenzuarbeiten. Die „Mercantile Lighterage Company“ erhielt darauf von den anderen Arbeitgebern Unterstützung, während die Arbeiter durch die Arbeitseinstellung ihrer Kollegen in anderen Geschäften unterstützt wurden. So dehnte sich der Streik bald aus. Es wäre aber grundfalsch, diesen äußeren Anlaß des Kampfes als Hauptursache anzusehen. Denn es stellte sich bald heraus, daß sich die Londoner Hafnarbeiter seit Monaten in einer äußerst erbitterten Stimmung befanden. Die Unternehmer — wenn auch nicht alle — hatten systematisch die Verträge gebrochen, die sie im vorigen Jahre eingegangen waren und die Arbeiterschaft um Hunderttausende Pfund geprellt. Ohne diese Erbitterung wäre der Kampf nicht möglich gewesen. Es muß hier auf diesen Umstand besonders nachdrücklich hingewiesen werden, da die kapitalistische Presse nicht müde wird, zu versichern, daß es der Größenwahnsinn gewisser Führer gewesen sei, der den Kampf entzündet und genährt habe.

Am 21. Mai legten 10 000 Lichterschiffen die Arbeit nieder; am 24. Mai befanden sich schon 100 000 Arbeiter im Ausstand. Darauf griff die Regierung ein. Sie sicherte durch polizeiliche Maßnahmen die Lebensmittellieferung Londons und beauftragte auch den Sir Edward Clarke, eine Untersuchung über die mit dem Streik zusammenhängenden Tatsachen und Umstände einzuleiten. Am 28. Mai veröffentlichte der Transportarbeiterverband ein Manifest, in dem alle Transportarbeiter im Londoner Hafen aufgefordert wurden, die Arbeit niederzulegen. Sir Edward Clarke veröffentlichte am 29. Mai einen Bericht über seine Untersuchung, der in der Hauptsache die Arbeitgeber als die Schuldigen bezeichnete; er fand, daß die Arbeiter in 5 Punkten von 7 im Recht waren. Die Regierung kam dann am 31. Mai mit ihrem Vorschlag, ein Einigungsamt für den Londoner Hafen zu bilden. Die Arbeiter nahmen den Vorschlag an, erklärten sich sogar bereit, Kaution zu stellen. Die Unternehmer schlugen ihn jedoch aus wichtigen Gründen ab. Ein Versuch des Transportarbeiterverbandes, den Streik zu einem nationalen Kampfe zu machen, hatte keinen Erfolg. Seit der Zeit sind wohl Versuche gemacht worden, eine Ein-

igung zu erzielen; aber sie scheiterten alle an dem hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber, die von dem Vorsitzenden des Londoner Hafenamts, Lord Devonport, einem Künstlerling Lord Georges, geführt wurden. Dieser frühere Krämer beschränkte auf den Hunger der Hafenbevölkerung — und er hat sich nicht verrechnet. Er hat die Londoner Hafenbevölkerung ausgehungert; über die Leiden der Frauen und Kinder hinweg nach dem Kranz des Sieges gestrebt. Ob er sich seines Erfolges lange freuen wird? Solche Niederlagen nach einem heroischen Kampfe um ihr gutes Recht brennen sich wie mit einem glühenden Eisen in das Gedächtnis und die Herzen der Menschen ein, und das kapitalistische England wird es bald bedauern, der Brutalität Lord Devonports kein Ziel gesetzt zu haben.

Schon während des Streiks ist viel von den Fehlern geschrieben worden, die die Streikleitung gemacht haben soll. So hat man gesagt, sie hätte dem Kampfe ausweichen sollen, sobald sie gemerkt, daß die Unternehmer die Arbeiterschaft durch ihre Handlungen zum Kampfe herausforderten. Das ist leicht gesagt. Wenn man auf der einen Seite eine über den Wortbruch der Arbeitgeber erbitterte Masse hat, und auf der anderen Unternehmer, die sich nicht um die bestehenden Verträge kümmern und sich in ihrem Hochmut sogar weigern, als Zeugen vor dem Regierungskommissar zu erscheinen, so ist der Kampf unvermeidlich, wenn nicht die Arbeiterorganisation als Vertretung ihrer Mitglieder abtaufen will. Es waren nicht die Fehler der Streikleitung, die die Niederlage herbeigeführt haben; es war die Schwäche der Organisation. Ohne Geld läßt sich nun einmal kein Krieg führen; es war die Armut der Transportarbeiterorganisationen, die die Scharmacher zu ihrem Vorgehen ermutigte und die die Niederlage unvermeidlich machte. Als eine weitere wichtige Ursache der Niederlage muß noch die Feindseligkeit bezeichnet werden, mit der die Bourgeoisie und ihre Presse den Streikenden von Anfang an gegenüberstand. Die von den bestehenden Klassen gemachte öffentliche Meinung blieb leider auch nicht ohne Wirkung auf gewisse Teile der organisierten Arbeiterschaft; das erklärt die Teilnahmslosigkeit, die die britischen Gewerkschaften an den Tag legten. Gewiß haben ihre Klassen durch die letzten großen Streiks viel gelitten; aber so arm können auch die britischen Gewerkschaften nicht sein, daß sie nicht mehr als eine lächerlich geringe Summe für einen Riesenkampf übrig haben, bei dem es sich um gewerkschaftliche Lebensfragen handelt. Es ließen sich noch viele Betrachtungen über den Anfang, Verlauf und die Beendigung des Londoner Hafnarbeiterstreiks machen. Der Kampf war überaus lehrreich in bezug auf gewerkschaftliche Taktik. Stellen wir hier jedoch zunächst nur eins fest. Letzten Sommer gelang es den Hafnarbeitern, die Unternehmer zu überumpeln und bedeutende Vorteile zu erzielen. Dieses Jahr hat das Unternehmertum Rache genommen. Es hat die Arbeiter weiß geblutet und wird die Besiegten sicher nicht im Besitz der früheren Errungenschaften lassen. Wohl wenige haben befürchtet, daß die Reaktion so bald eintreten würde und daß die Hafnarbeiter schon in diesem Jahre aus ihrer schlecht befestigten Position gedrängt werden würden.

Unter dem Kuratel der Bischöfe.

Alle Anstrengungen der Väter und der mit ihr verbündeten deutschen Regierung, in dem Gewerkschaftsstreit eine den Zentrumsbewerkschaften günstige Entscheidung des Papstes zu erzielen bleiben vorläufig vergebens. Alles, was sie erreichen können, ist, daß der Vatikan diese den herrschenden Schichten so wohlgefälligen Organisationen zunächst noch duldet. Dies geht auch aus der jüngsten Rundgebung des Papstes hervor, über die die „Köln. Volksztg.“ aus Rom berichtet:

„Der Papst empfing heute den Auditor der römischen Noto, Prälat Heiner, in Privataudienz und gab ihm neuerdings die Versicherung, daß der Apostolische Stuhl die christlichen Gewerkschaften weiterhin, wie bisher, ungehindert in ihrer Wirksamkeit bestehen lasse. Gleichzeitig erklärte der Papst, er setze alles Vertrauen in die katholischen Arbeitervereine.“

Es bleibt also dabei: Das Vertrauen des Papstes gehört den katholischen Arbeitervereinen, also jenen Organisationen, die die Väter als Brutstätten der Verleumdung bezeichnet haben und die sie mit ihrem giftigsten Haß verfolgen, Gefühle, die natürlich von den katholischen mit gleicher Münze heimgezahlt werden. Die christlichen Gewerkschaften läßt Rom eben bestehen. Es hat zwar kein rechtes Vertrauen zu ihnen, aber vorläufig erscheint es dem Vatikan noch geraten, nicht allzu scharf vorzugehen. Dessen ungeachtet wenigstens. Was im Geheimen geschieht, braucht ja die profane Welt nicht zu erfahren. Rom's Macht wirkt ja weit und geräuschlos. Schon heute ist der Einfluß der Geistlichkeit in den christlichen Gewerkschaften beherrschend. Die Geistlichkeit steht aber dem Vatikan unbedingt zur Verfügung. Und die Weisungen, die sie empfängt, werden schon dafür sorgen, daß die christlichen Gewerkschaften auf das Niveau der katholischen Arbeitervereine heruntergebracht, daß sie — und der Bruch des Vergarbeiterstreiks war der vielverheißende Anfang — ihres Kampfscharakters entkleidet und ansäht Arbeiterinteressen zu vertreten, willenloses Werkzeug in den Händen der Geistlichkeit werden.

Denn dies ist das klar ausgesprochene Ziel des Papsttums. Auf die Anzeige von der Abhaltung des nächsten deutschen Katholikentages in Aachen hat der Papst mit einem Breve an den Vorsitzenden geantwortet, das folgende Stelle enthält:

Mit Freude begrüßen wir es auch, daß ihr mit immer größerem Nachdruck den Kampf gegen jene zu führen gedenkt, die als höchstes Ziel des Menschens den Genuß irdischer Annehmlichkeiten betrachten und bestreben die soziale Frage nur in der Weise lösen zu können glauben, daß sie die gegenwärtigen Zustände auf stilllichem, staatlichem und wirtschaftlichem Gebiete unterwählen, die unerfahrene und arglose Menge an sich locken, Geringschätzung der Religion und Mißachtung Gottes, dessen Dasein sie leugnen, ihren Anhängern einflößen und sie allmählich dahin bringen, gegen die höheren Stände einen unauslöschlichen Haß im Herzen zu nähren und jedweder gesegneten Obrigkeit den Krieg zu erklären. Daß in solche Fallstricke namentlich die Arbeiter nicht geraten, die derartigen Gefahren vorzugsweise ausgesetzt sind, das ist, wie wir wissen, seit langem das rühmliche Bemühen der Katholiken Deutschlands. In diesem Bestreben also schreitet rüstig vorwärts und fährt fort, das arbeitende Volk im religiösen und wirtschaftlichen Leben zu fördern und seiner staatsbürgerlichen Verhältnisse auch anzunehmen, ohne Gerechtigkeit und Nächstenliebe außer acht zu lassen. Hierbei sei es euch stets ein unverbrüchliches Gesetz, den Anordnungen und Ratschlägen eurer Bischöfe gewissenhaft zu gehorchen, indem ihr eure Tätigkeit nach den Vorschriften einrichtet, die unsere Vorgänger und wir selbst in dieser Angelegenheit erlassen haben.“

Das ist echtestes Rom. Im Bund mit allen reaktionären Mächten der kapitalistischen Gesellschaft soll seine Geistlichkeit den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse niederhalten. Der „Genuß irdischer Annehmlichkeiten“ ist ja das göttliche Vorrecht der Reichen und Mächtigen, der Arbeiter hat zu arbeiten und zu gehorchen. Das ist die Lösung der sozialen Frage nach der Meinung des Papstes und diese ist für die christlichen Gewerkschaften Befehl. Schöne Arbeiterorganisationen fürwahr, deren oberste Aufgabe ist, den Arbeitern ihr Selbstbestimmungsrecht zu nehmen, sie zu einem willenlosen Körper in der Hand des Episkopats zu machen und den schweren Kampf um die Erhöhung der Lebenshaltung im Interesse der Besitzenden zu verhindern!

Und alle Fügsamkeit der Väter hilft ihnen vielleicht doch nur zu einer Galgenfrist. Die Zuldaer Bischofskonferenz, die über den Gewerkschaftsstreit entscheiden sollte, ist vertagt worden, weil der Kardinal Fischer von Köln hoffnungslos erkrankt ist. Fischer war aber der mächtigste und einflussreichste Schützer der Väter. Sein Tod würde sie ihrer wichtigsten Stütze berauben.

Die katholischen Arbeiter aber hätten allerdings das einfachste Mittel in der Hand, diesen ganzen Streit zu schlachten und die Galgenfrist den Väter erhebtlich zu verkürzen. Sie sollten ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, sich jede Vormundschaft, komme sie, woher sie wolle, entschieden verbitten und sich jenen Organisationen anschließen, über deren Leitung und Politik sie als freie Männer selbst bestimmen können. Weder katholische Arbeitervereine noch christliche Gewerkschaften, sondern Zusammenschluß der Arbeiter in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ihrer Klasse zur Befreiung aus kapitalistischer Knechtung, das ist die einzige Lösung, die der Arbeiter würdig ist.

Der Krieg.

Türkische Regierungserklärung vor der Kammer.

Konstantinopel, 30. Juli. Kammer. Kurz vor Beginn der heutigen Sitzung entzerrten sich die Truppen, die vor dem Eingang des Parlamentsgebäudes aufgestellt waren und deren Gegenwart Veranlassung zu Mägen der Deputierten gegeben hatte. Die Sitzung wurde gegen 1 Uhr eröffnet. Alle Mitglieder des Kabinetts waren anwesend. Der Großwesir verlas sodann die programmatische Regierungserklärung, in der hervorgehoben wird, daß die Regierung die Macht inmitten großer Schwierigkeiten und in einem kritischen Augenblick der türkischen Geschichte übernahm. Es wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Nation die Aufgabe der Regierung durch eine ruhige Haltung unterstützen werde. Die Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten seien die ungeschicklichen Eingriffe der Behörden bei den Parlamentswahlen, die Teilnahme der Offiziere an den politischen Parteien, Geseheübertretungen und verfassungswidrige Maßnahmen. Die Erklärung besagt ferner, die Regierung habe eine Untersuchung der Wahlen angeordnet und werde sich nach dem Ergebnis derselben richten. Ferner werde sie die Armeen an der Einmischung in die Politik hindern und werde die Beamten versehen, die fortfahren sollten, politischen Parteien anzugehören und an der Politik teilzunehmen; sie werde die bestehenden Gesetze über die Ernennung, Absetzung und Beförderung von Beamten anwenden und die provisorischen Gesetze, die mit der Verfassung nicht im Einklang ständen, beseitigen; sie werde auch die Rechte achten, die die Verfassung allen Nationen zusichere. Um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beseitigen, werde die Regierung jede ungeschickliche Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten zu verhindern suchen. Bezüglich des Krieges hebt die Erklärung die seit zehn Monaten gebrachten Opfer der arabischen Truppen rühmend hervor. Die

Regierung wird die Verteidigung des Landes fortsetzen, bis eine dem Recht, der Ehre und der Würde entsprechende Grundlage für den Frieden gefunden sein würde. In der äußeren Politik werde die Regierung die bis zum Ende des Jahres 1909 eingeführte Politik fortsetzen, weil sie dem Empfinden der Nation entspreche.

Nach Verlesung der Regierungserklärung begann eine lebhafteste Debatte zur Geschäftsordnung. Die Jungtürken beantragten, die Diskussion auf morgen zu verlegen, um die Drudlegung der Regierungserklärung zu ermöglichen. Hussein Hilmi Pascha erklärte namens der Regierung, die Regierung bestrebe auf der sofortigen Erörterung, weil sie angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht warten könne. Der Großwesir sprach im gleichen Sinne. Talaat Bey führte aus, die Nation mache heute eine Umwälzung durch und müsse dabei kaltes Blut bewahren. Die Partei für Einheit und Fortschritt, die bis jetzt vier Kabinette unterstützt habe, müsse das Regierungsprogramm gründlich prüfen. Da zu befürchten sei, daß auf die Forderung einiger Revolutionäre die Kammer aufgelöst werden würde. Die Partei werde mit reinen Händen vor die Nation treten. Zunächst sei es nötig, daß die Regierungserklärung im Druck erscheine. Hussein Hilmi Pascha erklärte, die Regierung könne nicht warten, sie wolle die Angelegenheit vor dem Abend beendet wissen. Andernfalls werde sie die Kabinettsfrage stellen. Ein Abgeordneter rief: die Regierung droht euch! Der Großwesir und Hussein Hilmi Pascha, die sich erhoben hatten, wiesen diesen Ausdruck zurück. Der Abgeordnete fuhr dann fort, die Kammer entwürdigte sich, wenn sie die Erklärung, ohne sie geprüft zu haben, berate. Die Regierung könne zurücktreten und würde die moralische und materielle Verantwortung dafür zu tragen haben. Sie habe aber nicht das Recht, auf die Kammer einen Druck auszuüben. Ein Ausschub von vierundzwanzig Stunden sei notwendig. Das Vorgehen der Regierung sei Despotismus. Hussein Hilmi Pascha wiederholte, die Regierung könne nicht länger als heute warten.

Die Kammer beschloß, die Sitzung bis zur Drudlegung der Regierungserklärung aufzuheben.

Die Haltung der Jungtürken.

Konstantinopel, 30. Juli. Die jungtürkischen Führer erschienen gestern Abend bei dem Großwesir und erklärten, ihre Partei könne eine geschwähigke Auflösung der Kammer annehmen, unter der Bedingung, daß die unparteiische Durchführung der Neuwahlen garantiert und daselbe Verwaltungspersonal beibehalten werde. Der Großwesir erwiderte, er werde seine Kollegen zu Rate ziehen. Die Jungtürken glauben, daß sie unter Beibehaltung der Gouverneure dank ihrer Organisation bei den Wahlen die Majorität erhalten werden. Es verlautet, daß sie als Mächtigste für die Unparteilichkeit einen anderen Minister des Innern wünschen. Man nennt Hussein Hilmi Pascha, zu dem die Jungtürken Vertrauen zu haben scheinen.

Salonik, 30. Juli. In jungtürkischen Kreisen wird berichtet, daß infolge der Haltung des neuen Kabinetts, von dem man ein unparteiliches Vorgehen erwarte, kein Grund vorliege, eine besondere Parteikampagne gegen die gegnerische Partei einzuleiten. Alle maßgebenden Organe des Komitees seien deshalb instruiert, nichts zu unternehmen, was die Erregung der Bevölkerung steigern könnte und jede Beeinflussung der Bevölkerung zu unterlassen. — Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, damit sich die blutigen Schlägereien nicht wiederholen.

Die Albaner bestehen auf der Auflösung der Kammer.

Salonik, 30. Juli. Die Unterhandlungen der Kommission mit den Anführern von Pristina waren bisher erfolglos. Die Anführer lehnen weitere Verhandlungen ab, solange die Kammer nicht aufgelöst sei. Der Kommission ist es nur gelungen, die Albaner zu beruhigen, ihre Märkte wieder zu öffnen.

Wiedereinführung der Depeschenzensur.

Konstantinopel, 30. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureaus.) Während die militärische Depeschenzensur endgültig aufgehoben wurde, ist die zivile Zensur wieder eingeführt worden. Der Grund der Maßnahme ist unbekannt. Die Korrespondenten werden in dieser Angelegenheit Schritte beim Großwesir unternehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli 1912.

Das Aufgehen Deutschlands in Preußen!

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ glaubt abermals einen Beweis dafür zu haben, daß Preußen im Reich unamoralische Eroberungen macht. Bringt sie doch unter der Stichmarke „Verabredungen über die Behandlung der Sozialdemokratie?“ folgende Triumphtoniz:

Zu unserer lebhaftesten Befriedigung haben wir in letzter Zeit mitteilen können, daß in vielen deutschen Staaten die Wahl sozialdemokratischer Gemeindefunktionäre die erforderliche Bestätigung der Regierungsbehörden nicht erfahren hat. So wird heute gemeldet, daß die Regierung des Fürstentums Ruß l. L. zum dritten Male die Bestätigung zweier sozialdemokratischer Stadträte in Vera ablehnt und in Aussicht gestellt hat, bei einer weiteren gleichartigen Wahl die Stellen kommissarisch zu besetzen. Bis vor kurzem war das Verhalten der verschiedenen deutschen Regierungen in diesem Punkte nicht übereinstimmend. In Süddeutschland wurden hier und da sozialdemokratische Kommunalbeamte bestätigt, und zwar nach Prüfung der einzelnen Persönlichkeiten und des einzelnen Falles, während in anderen Staaten die Bestätigung grundsätzlich verweigert wurde. Rußland hat auch das Großherzogtum Baden, das sonst sehr weisheitsvoll war, sozialdemokratische Gemeindefunktionäre nicht bestätigt. In Bayern hat der Minister des Innern erklärt, daß er grundsätzlich die Bestätigung verweigern werde, und daß er sich dabei in erster Linie auf die Uebereinstimmung mit der preussischen Auffassung befinde.

Wir haben öfter den Wunsch geäußert, daß die deutschen Staaten sich über die Behandlung dieser Frage und die Behandlung der sozialdemokratischen Partei überhaupt verständigen möchten. Es scheint beinahe so, als ob eine solche Verständigung erfolgt sei. Darauf läßt die erwähnte Erklärung des bayerischen Ministers des Innern schließen. Wir lassen dahingestellt, ob tatsächlich eine formelle und bindende Vereinbarung erfolgt ist. Das ist vielleicht nicht erforderlich; es genügt bei allseitigem gutem Willen eine allgemeine Verständigung. Die Hauptsache ist, daß die deutschen Staaten gleichartig vorgehen und in ihrem Verhalten und ihren Maßnahmen beibehalten, daß ein Sozialdemokrat als Anhänger einer antimonarchischen Partei unter keinen Umständen fähig ist, irgend ein Amt in einem monarchischen Staate zu bekleiden.

Die Ereignisse der letzten Zeit scheinen der Vermutung des Vindlerblattes in der Tat recht zu geben. Aber sie würden zu gleicher Zeit auch unserer Prophezeiung recht

geben, daß auch in Süddeutschland der preussische Geist des Arbeitertruges und der reaktionären Gewaltpolitik seinen Einzug halten würde! Der Sozialdemokratie geschieht durch solche Verpreudung Deutschlands natürlich kein Abbruch; im Gegenteil! Indem der preussische Junker- und Polizeigeist Deutschland erobert, hilft er der Sozialdemokratie das verpreudete Deutschland erobern!

Der Schrei nach dem Zuchthausgesetz.

Eine Handelskammer nach der anderen läßt ihre Stimme nach Arbeitswilligen und Zuchthausgesetz ertönen. Der Deutsche Handelstag hat bekanntlich eine Rundfrage an alle Handelskammern erlassen, ob die gegenwärtigen Strafbestimmungen genügen, die nützlichen Elemente bei Streiks und Aussperrungen zu schützen. Wenn nein, ob dieses an der schlappen Anwendung der bestehenden Bestimmungen liege oder ob ein Zuchthausgesetz nötig sei. Die Elberfelder Handelskammer nahm in ihrer letzten Sitzung zu dieser Frage Stellung. Vorher schon hatte sie eine Kommission beauftragt, die Sache vorzubereiten und dann entsprechende Vorschläge zu machen. Der Vorsitzende dieser Kommission, ein Elberfelder Textilbaron, berichtete dann, daß er an dem kürzlich in Essen stattgefundenen Kongress der Elberfelder teilgenommen und sich dort überzeugt habe, daß in Deutschland tatsächlich die Streikbrecher nicht genug geschützt seien. Ein besserer Schutz der Arbeitwilligen müsse Platz greifen, und vor allem müsse das Streikpostenstehen verboten werden. Der Redner stellte dann die kühne Behauptung auf, daß in Elberfeld beispielsweise nicht nur die Arbeitwilligen selber, sondern sogar deren Frauen und Kinder von den Streikenden belästigt worden seien. Einen Beweis, wann und wo dies vorgekommen sei, schenkte sich der Redner. Er empfahl dann folgende Vorschläge:

Eine Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung sei nicht notwendig, höchstens wäre in Erwägung zu ziehen, ob für die Veröffentlichung von Namen der Streikbrecher nicht in allen Fällen der Tatbestand des Vergehens gegeben sei. Aber die §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches müßten verschärft werden. In § 241 sei unter Strafe zu stellen, wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört. Ferner sei das Verbot des Streikpostenstehens durch folgende Bestimmung auszusprechen: „Wer es aus Anlaß von Arbeitskämpfen oder Lohnbewegungen unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu übermachten oder aus gleichem Anlaß auf andere Weise die freie Willensbestimmung eines anderen durch Drohungen zu beschränken sucht, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.“ — Empfehlenswert sei die Aufnahme einer Bestimmung in das Strafgesetzbuch, nach welcher Verleumdungen und leichte Körperverletzungen bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses (welches beim Schutze der Streikbrecher ja ohne weiteres gegeben ist) von Amts wegen oder eventuell auf Antrag von Vereinen (Scharfmacherverband und gelbe Gewerkschaften) zu verfolgen sind. Von der größten Wichtigkeit aber sei es, daß die bestehenden Strafvorschriften von den dazu berufenen Behörden in energischer Weise durchgeführt werden. Weniger komme es bei Streikfällen darauf an, daß dieser oder jener Täter wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung oder Verleumdung u. s. w. bestraft werde, sondern daß er sofort bestraft werde, so daß seine Verhaftung auch als Absperrung dienen kann. Erfolge die Bestrafung erst Wochen- und monatelang nach dem Streik, so sei ihre erzieherische Wirkung nur von höchst geringem Wert. Es sei daher anzustreben, daß bei allen Straftaten, welche bei Arbeiterbewegungen und Klassenkämpfen vorkommen, das Verfahren gegen den Täter sofort eingeleitet werde.“

Diese Vorschläge wurden von der Handelskammer, die fast ausschließlich aus sogenannten liberalen Elementen, tonangebenden Reuten der Nationalliberalen und Fortschrittlichen Volkspartei bestehen, einstimmig angenommen.

Für kapitalistische Ausbeuter sehr bezeichnend ist es übrigens, daß ihnen nichts daran liegt, die Streikländer später ins Zuchthaus zu stecken. Die Hauptsache ist ihnen, daß jeder Arbeiter, der Lohnbewegungsgelüste zeigt, sofort ins Gefängnis gesteckt wird. Nachher kann man ihn nicht gut entbehren. Da darf er nicht sitzen, sondern da soll er arbeiten, damit durch die Pflege der Gerechtigkeit die Dividende nicht etwa Einbuße erleide.

Ein preussisches Wohnungsgesetz.

Eine halbhoftische Korrespondenz meldet: „Der Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes, der vor kurzem fertiggestellt wurde, ist nunmehr zur Begutachtung Sachverständigen unterbreitet worden. Der neue Entwurf ist eine Umarbeitung des früheren Entwurfes, der wenig Anerkennung gefunden hatte. Der neue Entwurf, dürfte dem Landtage erst nach den Neuwahlen zugehen. In Interessentkreisen besteht der lebhafteste Wunsch, daß die Staatsregierung den neuen Wohnungsentwurf recht bald der allgemeinen Kritik zugänglich macht.“

Eine reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage dürfte jetzt endgültig als gescheitert zu betrachten sein. Schon die landesgesetzliche Regelung in Preußen ist mit Rücksicht auf provinzielle Eigenheiten nicht ohne Schwierigkeiten durchzuführen.“

Das Gesetz soll also glücklich 1913 oder 14 an den Landtag gelangen. Man hat sich reichlich Zeit gelassen, denn bereits in der Thronrede, mit der 1901 der Landtag eröffnet wurde, war es angekündigt. 1904 wurde dann jener oben erwähnte Entwurf der öffentlichen Kritik übergeben, an den Landtag ist er überhaupt nicht gelangt. Der Entwurf war auch so unzulänglich, daß das weiter nicht bedauerlich war. Ob der neue Entwurf durchgreifender sein wird, bleibt abzuwarten. Bei der erreaktionären Zusammensetzung, die auch der neue Landtag aufweisen wird, ist auch wenig auf Verbesserungen durch das Haus zu erwarten. Ein Reichswohnungsgesetz wäre deshalb weitläufig vorzuziehen gewesen.

Staatsanleihen.

Infolge des Tiefstandes der deutschen Staatsanleihen rechnen die Regierungen des Reiches und Preußens damit, den Zinsfuß für ihre Anleihen zu erhöhen. Die „Voss-Ztg.“ bringt darüber folgende „von zuständiger ministerieller Seite eingeholte Information“:

„Wir sind in der Lage, auf Grund von Informationen an maßgebender Stelle zu erklären, daß man sich auch bei uns nicht prinzipiell an den Approx. Typ festhalten wird, sondern daß man, wenn die Lage des Geldmarktes es erfordert sollte, 4 1/2 Proz. zu bewilligen bereit ist. Allerdings werden weder Reich noch Preußen ohne dringende Not Geld zu 4 1/2 Proz. aufnehmen, denn die Regierungen sind sich wohl bewußt, daß ein derartiger Zinsfuß den Geldbedarf der Städte und der Industrie weiter verteuern und so die Steuerkraft vermindern würde. Wir haben Grund zu der Annahme, daß vor dem Winter 1914 weder das Reich noch Preußen an den Geldmarkt herantreten werden.“

Die Erhöhung des Zinsfußes bedeutet natürlich eine größere Belastung der Steuerzahler. Die Kapitalisten haben freilich den Vorteil davon. Die Versicherung, daß erst im Winter 1914 neue

Anleihen aufgenommen werden würden, ist mit einiger Skepsis aufzunehmen.

Die Fliegertruppe

wird vom 1. Oktober d. J. an neuformiert. Sie besteht aus 112 Mann und wird aufgestellt auf 308 Mannschaften. Das Offizierskorps besteht aus 22 Offizieren und 6 Beamten. Die Mannschaften der Lehr- und Versuchsanstalt für das Militär-Flugwesen, die eingezogen, bilden den Stamm der neuen Fliegertruppe.

Das Opfer seiner Offenherzigkeit

ist Professor Dade geworden. Die „Kreuz-Zeitung“ hat seine „Praktiken aufs entsetzteste verurteilt“ und den konservativen Wählern von Porzheim-Ludwigslust geraten, „eine Kandidatur Dades künftig zurückzuweisen“. Diefem Rote ist man denn auch bereits gefolgt, denn die „Medden. Warte“ teilt mit, daß die Parteileitung des Kreises „eine Wiederaufstellung Dades nicht ins Auge gefaßt“ habe und daß die maßgebenden meddenburgischen Kreise des Bundes der Landwirte der gleichen Auffassung seien.

So ist denn Dade als Sündenbock in die Wüste gestochen worden und darf seine Talente nur noch der literarischen Agitation der Landbändler widmen. Warum war er auch nicht so schlau, sich gleich seinen vorsichtigeren Gesinnungsgenossen in anderen Wahlkreisen hinter obskure Hintermänner zu verbergen!

Die gewaltsame Rekrutierung für die Kriegervereine.

Der „Vorwärts“ konnte dieser Tage den Beweis erbringen, daß die Militärbehörde, also eine von dem Gelde aller Steuerzahler erhaltene Institution, die Reserveoffiziere mit handgreiflich terroristischen Mitteln zum Eintritt in die Kriegervereine, d. h. in Organisationen mit ausgesprochen politischem und zwar ultrareaktionärem Charakter zwingt. Das „Berl. Tagebl.“ kann diesen Beweis noch erweitern, indem es aus einer „Dienstausweisung für Offiziere, Sanitätsoffiziere und oberen Militärbeamten“ eines schlesischen Landwehrbezirks folgendes mitteilt:

„Im Interesse der Hebung und weiteren Entwicklung des Kriegervereinswesens liegt es, wenn jeder Offizier, Sanitätsoffizier und Beamte des Beurlobenstandes und der Inaktivität einem dem deutschen Kriegerbunde angehörenden Kriegerverein, in denen sich ehemalige Soldaten aus allen Kreisen der Bevölkerung zu gemeinamem patriotischen Streben vereinigen, als Mitglied beitreten und sich dort als wertvoller Mitarbeiter betätigen. Der Beitritt allein jedoch ist im allgemeinen von geringer Bedeutung, wenn er nicht eine rege Beteiligung des Offiziers an den Vereinsangelegenheiten wie reges kameradschaftliches Interesse für die Privatangelegenheiten der einzelnen Mitglieder und enge Freundschaften mit den Ansäuerungen und Aufstellungen zur Folge hat. Eine weitere Förderung würde auch dann eintreten, wenn die Offiziere usw. mehr sich betätigen wollten, die Kriegervereinspresse „Die Parole“ zu halten. Wenn sie das Kriegervereinswesen finanziell unterstützen, und wenn sie ihre Angestellten oder Unterbeamten zum Beitritt in die Kriegervereine anhalten. Die hohe Bedeutung der Kriegervereine wird allseitig immer mehr gewürdigt; ist es doch ihre wichtigste Aufgabe, monarchische und nationale Gesinnung, Treue für Kaiser und Reich hinauszutragen in die weitesten Kreise des Volkes. ... Der Beitritt von Offizieren zu einem dem Deutschen Kriegerbunde nicht angehörenden, aber amtlich bestätigten Vereine hat nicht nur keine Bedeutung, sondern ist erwünscht in der Voraussetzung, daß diese Offiziere ihren Einfluß zum Anstöße des betreffenden Vereins an den Deutschen Kriegerbund geltend machen werden.“

Die Herren Reserveoffiziere müssen also nicht allein der Schutztruppe der Reaktion beitreten, sie sollen auch ihre Angestellten, Unterbeamten usw. zum Dienst in der Zylindergarde pressen. Das ist politischer Terrorismus der brutalsten Art. Wenn daher jetzt das Kommando für die Reserveoffiziere lautet: Rechts, marsch in den Kriegerverein!, muß es für die Arbeiter mehr denn je lauten: Links, marsch aus dem Kriegerverein!

Bei dieser Gelegenheit sei konstatiert, daß auch das „Berl. Tageblatt“ den Reserveoffizieren, die Wert auf politische Ueberzeugungsfreiheit legen, rät, lieber auf die Epauletten zu verzichten, als sich zu der kriegervereinslichen Schutztruppe der Reaktion kommandieren zu lassen. Hoffentlich ist das „Berl. Tageblatt“ bald in der Lage, von recht vielen liberalen Reserveoffizieren berichten zu können, die seinen Rat befolgt haben.

Warum katholisch turnen?

In Nr. 635 der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 19. Juli 1912 wird die Bildung eines Gesamtverbandes katholischer Turnvereine Deutschlands angeregt. Es gibt katholische Regattaklubs, katholische Schützengilden, katholische Fachgesellschaften, katholische Dachdeckervereine usw. Wir kennen auch eine katholische Gebirgsvereinigung.

Es drängt sich die Frage auf, wie kommt die „Kölnische Volkszeitung“ dazu, einen katholischen Turnverband zu empfehlen, sie, die noch vor ein paar Jahren einen katholischen Strandklub verwarf? Wir glauben die Lösung dieser und ähnlicher rätselhafter Erscheinungen in folgendem zu finden: Auf katholischer Seite weiß jeder Eingeweihte, daß die gesamte Vereinsstätigkeit der Katholiken auf die Stärkung des Zentrums konzentriert ist. Ungefähr alles, was in den Vereinigungen der Katholiken unter konfessioneller oder nichtkonfessioneller Flagge geschieht, dient in letzter Linie dem Parteizweck. Das ist unter Zentrumskatholiken eine jener Selbstverständlichkeiten, die man nicht ausdrückt. Nun wissen die Katholiken im Zentrum ganz genau, daß das Zentrum auf katholischen Boden steht, wo die Wurzeln seiner Kraft ruhen. Diese, der Zentrumswahlerschaft in Fleisch und Blut übergegangene Ueberzeugung, von der katholischen Weltanschauung des Zentrums, ist sobald nicht zu verlernen. Deshalb — so denken sich die „Kölner“ — kann man dem Zentrum, den Windthorstbländen und sonstigen auf katholischer Basis stehenden Organisationen die äußerste katholische Etikette nehmen und der Außenwelt vorgeaukeln. Sie hätten mit dem Katholizismus absolut nichts zu tun. Die Turnvereine aber, die als solche weder katholisch, noch protestantisch sind, und daher durch ihre innere Natur nicht zum Zentrum gehören, müssen durch die äußere Etikette an die Partei festgelegt werden.“

So schreibt, durchaus guttessend, die „Kölnische Korrespondenz“.

Die soziale Kultur der Studenten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erweist sich darüber, daß ein freistudentisches Blatt das unwürdige Verhalten einzelner Söhne der Gebildeten unseres Volkes bei einem Vortrag der Genossin Biez geäußert hat. Obgleich sie gar nicht in der Lage ist, die Tatsache zu leugnen, daß meist dem akademischen „Verein deutscher Studenten“ angehörige Studenten die Rednerin in der rätselhaftesten Weise gestört haben, sucht sie jenem freistudentischen Blatt eins auszuwicheln, daß den groben Unfug seiner Kommissionen zur Wahrung der akademischen Würde kritisiert hat. Daß sich die studentische Zeitung auf einen Bericht der sozialdemokratischen Zeitung in Freiburg stützt, ist in den Augen der Tageszeitung der grobe Faktfehler. Gegen das kindische Benehmen der randalierenden Studenten, die

nicht so viel Aufwand und Mühsal, als eine Frau ruhig zuzuhören, findet sie dagegen nicht das geringste Wort des Tadels! Wir haben zufällig einen Brief eines Nichtsozialisten, der dieser öffentlichen Versammlung beistand, und der es klar aussprach, daß der Schreiber sich in der Versammlung geschämmt hätte, mit diesen „Akademikern“ durch die gleiche Bildung verbunden zu sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat doch so oft Schimpereien auf das angeblich Aufstößige Verhalten ausländischer Studierender Raum gegeben. Weshalb findet sie kein Wort energischer Abwehr gegen studentische Mißgeburten, die die deutsche Studentenschaft vor allen Gebildeten kompromittieren?

Die Konservativen hegen gegen den russischen Freund!

Die deutsche konservative Presse zu Rußland ist in der Praxis beständiger gewesen als auch nur je die Theorie der Liebe zum „angestammten“ Kaiserthum. Der „Hort der konservativen Interessen“ soll der preussischen Kamarilla auch heute noch Rettung aus der Not des „revolutionären Sumpfes“ bringen. Bei dem Tode des Zaren Nikolaus erschien die „Kreuzzeitung“ im schwarzen Rande, Herr von Gerlach erklärte in der Kammer, der Tod des Kaisers Nikolaus habe „in ganz Preußen den Eindruck gemacht, als ob ein Vater gestorben sei“; Pastor Krummacker predigte am Begräbnistage in der Potsdamer Garnisonkirche über den Regi: „Der Kaiser ist tot!“ Als man den russischen Handelsvertrag Caprivis abschloß, schrieb ein konservativer offizieller Mann: „Kann man sich wundern, wenn unter den jetzigen Verhältnissen bei uns hier und da auf dem Lande die Ansicht ausgesprochen wird, daß wir in materieller Beziehung viel besser stehen würden, wenn Ostpreußen russische Provinz wäre.“

So ging es zu jener Zeit, als „grüne Jungen“ Bismarcks Politik änderten und die Bauern beim Sterben ihrer Säue „die Namen unserer leitenden Staatsmänner vor sich hinsprachen“. Heute ist die Frage unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Rußland wieder auf dem Wege, aktuell zu werden. Bekanntlich läuft mit vielen anderen Handelsverträgen auch der russische innerhalb der normalen Regierungszeit des 1912 gewählten Reichstages ab. Damit sind alle Fragen der deutschen Schutzpolitik wieder aufgerollt. Die Konservativen könnten neue Themen auf die russische Herrlichkeit legen und predigen.

Vorläufig ist es allerdings so, daß die agrarische Presse Deutschlands die Regierung scharf macht — und zwar gegen Rußland. Es ist dies zugleich ein Beweis dafür, wie fein die Konservativen politische und wirtschaftliche Interessen zu trennen verstehen, wenn es ihnen nützlich erscheint. Die offiziellen konservativen „Mitteilungen“ reiten in ihrer jüngsten Nummer vom 27. Juli eine äußerst scharfe Attacke gegen Rußland, weil dort Stimmen laut wurden, die gegen die deutsche Erschwerung der Ausfuhr von Getreide und Vieh nach Deutschland schärfsten Protest einlegen. Ist ja auch unter diesem Gesichtspunkt die Einfuhrfreiheit deutscher landwirtschaftlicher Maschinen von der russischen Duma aufgehoben worden, um Kompensations- und Gegenmittel zu haben, wenn die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages akut wird.

Die konservativen „Mitteilungen“ hegen konsequent gegen Rußland. Sie fordern von der deutschen Regierung, daß sie nicht der Hoffnung der Russen Rechnung trage, zuletzt doch noch in Einfuhrerleichterungen zu willigen. Ja, der Ton wird noch viel kräftiger:

„Selbstverständlich kann die Zollfrage für landwirtschaftliche Produkte nicht im Hinblick auf Rußland allein verhandelt werden. Doch auch von andererwärts her droht die Gefahr eines vermehrten Angebotes landwirtschaftlicher Produkte. Wir verweisen dabei nur auf Australien und Kanada, Länder, in denen die Landwirtschaft noch sehr ausdehnungsfähig ist. Vor allem aber droht uns die Konkurrenz Kleinasiens, und von hier wohl am allerstärksten. Also zur Abschwächung unseres landwirtschaftlichen Wohlstandes Rußland oder sonst wem gegenüber liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Ganz besonders energisch müssen wir aber Front machen gegen die Versuche, den Schutz unserer Grenzen gegen Viehsuchen (soll heißen Vieheinfuhr!) zu lockern.“

Als Antwort auf den jetzt noch laufenden Handelsvertrag erhobte Rußland schon eine ganze Reihe seiner Forderungen. Mit Amerika hat sich unser handelspolitisches Verhältnis verschlechtert, mit Kanada sind wir knapp in leidliche Ordnung gekommen. Ueberall aber sieht die konservative Partei Gefahr für ihren agrarischen Geldbeutel. Das Volk fordert billiges Brot! Deswegen ist es gegen jeden Zollwucher!

Neue Landtagauflösung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Aus Rudolstadt wird der bürgerlichen Presse berichtet, daß es, da die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem von der Regierung dekretierten Gesetz über die Beamtenentgeltzulagen unter keinen Umständen zustimmen wird, deshalb vielleicht schon in einer der ersten Sitzungen der Landtagauflösung kommt. Angeht es der im Lande herrschenden gespannten Lage ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu einer Sitzung zusammengerufen, um über die Schritte zu beraten, die bei der Eröffnung des Landtages am 4. September zu tun sind. Bezüglich der von der Regierung ohne die Genehmigung des Landtages dekretierten Beamtenentgeltzulagen ist die Fraktion der Ansicht, daß es sich hierbei um einen glatten Verfassungsverstoß handelt, und die Fraktion diesem Gesetz unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben wird.

In einem Aufruf im Saalfelder „Volkblatt“ verurteilt die neugewählte Fraktion scharf das verfassungswidrige Vorgehen der Rudolstädter Regierung. Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Diese Provokation seitens der Regierung als Antwort auf die Landtagwahl und den dadurch befehlenden Willen der Wähler zeigt, daß der Kampf in unserem Lande um die Rechte des Volkes nicht erloschen ist, sondern erst recht beginnt. Darum auf den Posten Wähler! Nützt die Säumigen auf, zeigt ihnen, wie gewaltfam der Landtag und die Wähler beiseite geschoben und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zertrümmert werden sollen. Nützt zu neuer Wahl! Erhebt abermals wuchtigen Protest gegen das Vorgehen der Regierung! Zeigt, daß Ihr eure Rechte zu wahren wißt! Hoch die Verfassung, nieder die Reaktion!“

Die Treppe hinauf.

Vor einigen Tagen ist der Rittergutsbesitzer Beder-Barkmannshagen, der wegen Verleumdung des Landrats v. Malgahn drei Monate sitzen mußte, aus dem Gefängnis entlassen worden. Seine Anhänger bereiteten ihm einen demonstrativen Empfang. Vielleicht, daß man es als eine preussisch-bureaucratische Gegendemonstration deuten darf, daß der Landrat v. Malgahn nun zum Regierungsrat ernannt worden ist.

Das verschwundene Vereinsstatut und die Polizei.

Von der Sucht mancher preussischer Polizeibehörden, die Arbeiter- und Sportvereine zu politischen Vereinen zu stampeln, um ihnen so bequemer Schwierigkeiten bereiten zu können, war im

vergangenen Jahre plötzlich auch die Polizei in Celle (Provinz Hannover) ergriffen worden. Sie forderte von dem damaligen Vorsitzenden des Vereins ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und ein Vereinsstatut, ein Verlangen, das nicht erfüllt wurde, weil der Vorstand mit Recht der Meinung war, daß es sich beim Arbeiterverein nicht um einen politischen Verein handle. Die Folge war eine polizeiliche Strafverfügung von 20 M., gegen die gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht bestätigte zwar den Strafbefehl, doch ereigneten sich inzwischen Dinge, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Celle Polizeibehörde die Verurteilung des Angeklagten mit ungetriebener Freude aufgenommen hat. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht war die Einreichung der Vereinsstatuten gefordert worden. Dieses Statut war aber nur in einem einzigen Exemplar vorhanden, das eingerahmt in der Gaststube des Vereinslokals an der Wand hing. Als nun der Vorsitzende das Statut holen wollte, stellte sich heraus, daß es verschwunden war, und obgleich eifrig nach seinem Verbleib geforscht wurde, konnte es nicht mehr herbeigeschafft werden. Merkwürdigerweise erklärte sich die Celle Polizeiverwaltung aber bereit, eine Abschrift des — wohlgenutzt nur in einem Exemplar vorhandenen — Vereinsstatuts zu den gerichtlichen Akten zu geben, was auch geschah. Am auffälligsten aber war, daß der Vertreter der Polizei vor Gericht auf die Frage nach dem Verbleib des Originalstatuts — die Aussage verweigerte. Indes, das Schöffengericht ließ sich dadurch nicht beirren, es verurteilte den „Sünder“ wie gesagt zu 20 M. Geldstrafe, weil es aus gewissen Umständen, so weil der Verein im sozialdemokratischen Blatte in Hannover inserierte, weil seine Mitglieder zum größten Teile Sozialdemokraten seien usw., den politischen Charakter des Vereins herleiten zu können glaubte.

Nun hatte sich dieser Tage die Strafkammer in Celle als Berufungsinstanz mit der Sache zu beschäftigen. Dieses Gericht kam aber zu einem freisprechenden Erkenntnis, da nicht der geringste Beweis dafür erbracht werden konnte, daß im Verein Politik getrieben worden ist; sämtliche Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

So endete auch diese Aktion gegen den Arbeiterverein mit einer Niederlage der Polizeibehörde. Dem Verein hat der Prozeß keinen Schaden getan, hat sich doch seine Mitgliederzahl in der Zeit des Prozesses um 78 vermehrt. Ob das Ansehen der Polizei ebenso gestiegen ist, ist eine andere Frage; — erst die Geschichte mit dem verschwundenen Vereinsstatut, dann schließlich die Freisprechung!

Japan.

Der Thronwechsel in Japan.

Der Tod des Kaisers von Japan hat kaum irgendwelche politische Bedeutung. So groß auch die Unwillingungen waren, die unter seiner Regierung sich vollzogen haben, so gering war der Anteil des Mikado an der Umwandlung Japans aus einem feudalen in einen kapitalistischen Staat. Kaiser Mutsuhito wurde 1852 geboren und bestieg 1867, noch nicht 15jährig den Thron. Im nächsten Jahre wurde der Schogunat, der Art militärischen Hausmeiertums, gestürzt und mit jenen Reformen begonnen, die schließlich 1889 zur feierlichen Verkündigung der Konstitution führte. Der Sohn Mutsuhitos, der 1879 geboren ist, folgt jetzt als Kaiser Joshimoto seinem Vater in der Regierung nach.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Aus dem Bericht des Bezirksvorstandes der Provinz Ostpreußen für das verlossene Geschäftsjahr geht hervor, daß auch in diesem für die Agitation so sehr ungünstigen agrarischen Bezirk die Parteibewegung langsam aber stetig Fortschritte macht. Von den 17 Wahlkreisen der Provinz befinden sich in 11 Kreisorganisationen. Aber auch in den 6 Wahlkreisen ohne Organisation befinden sich Mitglieder, die dem Provinzverband angegeschlossen sind. Insgesamt zählt der Bezirk 8889 Mitglieder gegenüber 7317 Mitglieder des Vorjahres. Es ist also eine Zunahme von 1572 Mitgliedern zu verzeichnen. Außerdem wurde durch Neuaufnahmen ein Abgang von circa 1200 Mitgliedern gedeckt. Unter den 8889 Mitgliedern befinden sich 1330 weibliche. An Mitgliederbeiträgen wurden von den 17 Wahlkreisen eingenommen insgesamt 21518,77 Mark. Davon wurden Beiträge geleistet: für die Zentralkasse 3581,11 M., für die Bezirkskasse 1022,39 M., für den „Landboten“ 2476,96 M., insgesamt 7880,45 M.

Unter den Mitgliedern befinden sich rund 2800 Landarbeiter. Eine größere Anzahl Landarbeiter sind Vierteljahresabonnenten des monatlich zweimal erscheinenden „Landboten“. Für die ländlichen Mitglieder wird das Abonnementgeld des „Landboten“ von den Kreisorganisationen gezahlt. Auch die Abonnementzahl der „Königsberger Volkszeitung“ ist wieder erfreulich gestiegen, infolgedessen der zu leistende Zuschuß sich bedeutend verringert hat. Im Berichtsjahr wurden 60 000 Kalender auf dem Lande verbreitet. An die Mitglieder wurden 12 000 Broschüren, verteilt: „Gegen Junker snaps und Junkerwirtschaft“, gratis abgegeben. Außer den Wahlflugzetteln wurden eine größere Anzahl Flugblätter und Broschüren zur allgemeinen Agitation den Mitgliedern zur Verfügung gestellt und verteilt. In 7 Wahlkreisen wurden zur Belebung der Agitation Kreis-Konferenzen abgehalten und wo irgend Lokale aufzutreiben waren, Versammlungen abgehalten. Der Erfolg ist beachtlich. In Anbetracht des außerordentlichen Mangels an agitatorischen Kräften auf dem Lande und in den kleinen Städten sowie der mit großem Apparat und reichlichen Mitteln betriebenen Agitation unserer Gegner ist dieser Fortschritt wohl doppelt in Rechnung zu stellen.

Der Geschäftsbericht des Sozialdemokratischen Vereins Ogen-Schwelm liegt vor. Die Mitgliederzahl stieg von 3457 auf 3946, darunter 543 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen des Vereins belaufen sich auf 41 007,70 M., wovon 19 194,38 M. für die Reichstagswahl aufgewendet werden mußten. Für die Wahl wurden im Kreise 15 194,38 M., außerdem für Gemeindevahlen 3229,90 M. aufgebracht; an Mitgliederbeiträgen wurden 14 811,35 M. vereinnahmt. Zurzeit sind in den Orten 56 sozialdemokratische Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete.

Die Kreis-Konferenz des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises Holzminden-Vandernheim fand am Sonntag in Stadtfeldendorf statt. Die Konferenz war von 28 Delegierten aus 26 Orten besucht. Der gedruckt vorliegende Vorstandsbericht ließ eine außerordentlich rege Tätigkeit im verlossenen Geschäftsjahre erkennen. In 14 Versammlungen wurde gegen den Krieg und für den Völkerverfrieden Stellung genommen. Wahlrechts-Versammlungen fanden 12 statt und 11 Versammlungen beschäftigten sich mit den Landtagswahlen. Am Frauentag fanden 9 Versammlungen statt. Zur Reichsversicherungsordnung wurde ebenfalls in mehreren Versammlungen Stellung genommen.

Zur Reichstagswahl fanden 82 Versammlungen statt. Acht verschiedene Flugblätter wurden in einer Gesamtauflage von 145 150 verbreitet. Von dem alljährlichen Volkskalender wurden 19 000 Exemplare verteilt. Von der monatlichen Agitationschrift für die Landbevölkerung wurden 1700 Exemplare verbreitet.

Die sehr umfangreiche Aufklärungs- und Agitationsarbeit wurde mit dem Wahlsiege gekrönt, indem Genosse O. Antrod gleich im ersten Wahlgange mit 12 323 Stimmen gewählt wurde. Unser Kandidat vereinnahmte 51,56 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich. Im ganzen haben 88 Proz. der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. — Die Zahl der Mitglieder der Wahlkreis-Organisation beträgt 1168, davon 63 weibliche. Wegen des Vorjahres

ist ein Zuwachs von 310 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Mitglieder verteilen sich auf 62 Orte. — Die Zahl der „Vollfreunde“ stieg von 1100 auf 1640. Die „Neue Zeit“ wird in 3, die „Gleichheit“ in 5, die „Kommunale Praxis“ in 4, die „Arbeiter-Jugend“ in 57 und der „Wahre Jakob“ in 341 Exemplaren gelesen.

Die Reichstagswahl erforderte eine Ausgabe von 7150,02 Mark! Die Kreiskasse balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 9287,05 M.

Beim Punkt Organisation und Agitation wurde der Vorstand beauftragt, die Anstellung eines Agitationsleiters für das Parteigebiet (so weit es zum Wahlkreis gehört) in die Wege zu leiten.

Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte der Abgeordnete des Kreises, Bezirkssekretär D. Antrod. Der Erhöhung der Beiträge ist zugestimmt. Die Anwesenheit der ganzen Fraktion auf dem Parteitage darf nicht beschränkt werden. Bei einer Delegation würden Zwistigkeiten zwischen den beiden Richtungen entstehen. Außerdem würden sich die nicht delegierten Abgeordneten von ihrem Wahlkreise zum Parteitage wählen lassen, ein Zustand, der noch schlechter ist. Der Parteitag braucht kein Stimmentrecht gewahrt zu werden. Die Kosten liegen sich aus dem Fonds der Reichsdiäten decken. Was auf die Erhöhung des Frauenbeitrages, der auf 15 Pf. bestehen bleiben soll, erklärte sich die Konferenz mit diesen Ausführungen einverstanden. Eine Diskussion fand nicht statt.

Die Parteigenossenschaft von Leipzig 12. und 18. sächsischer Reichstagswahlkreis) kann mit Befriedigung auf das verlossene Geschäftsjahr zurückblicken; die Parteioorganisationen und ihre Einrichtungen haben sich erfreulich entwickelt und innerlich gefestigt. Die Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen ist von 32953 am 1. Juli 1911 auf 36431 am 1. Juli 1912 gestiegen, also um 3478. Diese Steigerung hat sich allerdings lediglich im 13. Kreis vollzogen, der von 28 690 auf 32 219 Mitglieder stieg, also um 3529. Im 12. Kreis (Leipzig-Stadt) betrug die Zahl der Organisierten am 1. Juli 1911 4263, am 1. Juli 1912 4212. Dieser Rückgang um 51 Mitglieder ist zurückzuführen auf die Anstellung eines Hauskassierers und die dadurch erfolgte schärfere Kontrolle. Der Rückgang im 12. Kreis fällt jedoch lediglich auf das Konto der weiblichen Mitglieder; die Zahl der männlichen stieg von 3874 auf 3700. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der 12. Kreis durch die fortwährende Citybildung Leipzigs an Arbeiterbevölkerung ständig abnimmt, was die Mitgliederwerbung natürlich erschwert. In den 10 Jahren hat sich der Kreis trotzdem wie folgt entwickelt: 1903 654 Mitglieder, 1903 917, 1904 1681, 1905 1870, 1906 2261, 1907 2173, 1908 3375, 1909 3461, 1910 3475 und 1911 4263. Die Entwicklung des 13. Kreises seit 1906 ist folgende: 1. Juli 1906 14022, 1907 20 710, 1908 23 502, 1909 23 728, 1910 24 045, 1911 28 690 und 1912 32 219. Die Einnahmen des 12. Kreises betragen im letzten Geschäftsjahre einschließlich 432 M. Kassenbestand und einem Sparkassenguthaben von 7447 M. 2 615 1 M.; davon waren Mitgliederbeiträge 19 187 M., gegen 14 906 M. 1910/11. Die Einnahmen des 13. Kreises betragen einschließlich 4169 M. Kassenbestand 1 49 278, 33 M., darunter Mitgliederbeiträge 138 642 M. und Wahlsondenguthaben 10 731 M. Unter den Ausgaben des 12. Kreises erscheinen: Parteivorstand 3459,86 M., Reichstagswahl 4000 M., Bezirksvorstand 1660 M., Sparkassenguthaben 9187 M., Bibliothek (einschließlich Kasse) 1932 M., der 13. Kreis wandte auf für: Parteivorstand 28 000 M., Bezirksvorstand 13 194 M., Bibliothek rund 20 000 M., Sekretariat (zwei Sekretäre) 7219 M.

Für die zum Bezirk Leipzig gehörigen Kreise (11. und 14. sächsischer Reichstagswahlkreis) sind die entsprechenden Zahlen folgende: 11. Kreis 2540 Mitglieder (1910/11 2148), 2108 männl., 435 weibl.; Einnahme 24 405 M., darunter 9821 M. Mitgliederbeiträge; 14. Kreis: 2200 Mitglieder (1823), 1977 männl. und 223 weibliche; Einnahmen 21 186 M., darunter Mitgliederbeiträge 6704 M.

Die Agitation wurde im verlossenen Geschäftsjahre wesentlich bedingt durch die Reichstagswahl. Es wurden verbreitet im 12. und 13. Kreis 1 657 000 Flugblätter, im Bezirk (11. u. 14. Kreis) 2 288 650, dazu Handzettel 610 000, im ganzen Bezirk 1 033 450 und sonstige Flugblätter (außerhalb der Wahlzeit) 645 000. Broschüren wurden verbreitet 22 000 im 12. Kreis, 124 000 im 13. Kreis, 10 500 im 11. Kreis, 1000 im 14. Kreis. Leider gelang es im Wahlkampfe nicht, den 11., 12. und 14. Kreis zu erobern, die sämtlich schon in unsern Händen waren. Dafür hing aber unsere Stimmenzahl ganz erheblich, nämlich um mehr als 26 000 Stimmen im Bezirk, davon im 13. Kreis um 20 000 Stimmen, im 12. Kreis um mehr als 3000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug im 11. Kreis 92 Proz., 12. Kreis 86 Proz., 13. Kreis 81,6 Proz., 14. Kreis 91,3 Proz.; das Stimmenverhältnis der Sozialdemokraten zu den Wahlberechtigten im 11. Kreis 30,6 Proz., 12. Kreis 38,3 Prozent, 13. Kreis 66,8 Proz., 14. Kreis 14,4 Proz. Versammlungen wurden während der Wahl abgehalten im 11. Kreis 121, 12. Kreis 10, 13. Kreis 115, 14. Kreis 208. Die Kosten der Wahl betragen: 11. Kreis 14 991 M., 12. Kreis 19 490 M., 13. Kreis 20 280 M., 14. Kreis 14 005 M., 12. und 13. Kreis gemeinsam dazu: 5083 M., in Summe rund 74 500 M.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind gegenwärtig 297 in 132 Gemeinden tätig gegen 274 in 120 Gemeinden im Vorjahr. Im 11. Kreis sind tätig 56 Genossen in 28 Gemeinden, im 12. und 13. Kreis (Leipzig-Stadt) 21 Stadtverordnete, im 13. Kreis (Landbezirk) 176 Genossen in 76 Gemeinden, im 14. Kreis 45 Genossen in 28 Gemeinden.

Die Presse hat sich ebenfalls gut entwickelt. Die „Leipziger Volkszeitung“, die jetzt im eigenen Grundriss hergestellt wird, hat gegenwärtig eine Auflage von 54 400. Sie ist auf den 12. und 13. Kreis beschränkt, die bei der letzten Wahl zusammen rund 90 000 sozialdemokratische Wähler aufzudrücken. Für den 11. und 14. Kreis besteht die im Verlage der „Volkszeitung“ hergestellte „Volkszeitung für das Rudolstadt!“ mit gegenwärtig 9100 Abonnenten. In der Deuderei wurde im Geschäftsjahre eine 64seitige Vierfarbenmaschine aufgestellt. Der Vertrieb der Zeitung erfolgt durch eigene Automobilen.

Eine durchgreifende Aenderung hat das Bildungswesen erfahren dadurch, daß die Leipziger Parteigenossenschaft im Verein mit den Gewerkschaften zur Anstellung eines Sekretärs für das Bildungswesen schritten, als welcher der bisherige Vorsitzende Genosse Hennig gewählt wurde. Die Geschäftsstelle wurde am 2. Mai im „Volkshaus“ eröffnet. Sodann wurde eine Erweiterung der Bildungsarbeit insofern vorgenommen, als die von Partei und Gewerkschaften getragene drilische Schule in ihrem Lehrpläne erweitert wurde. Nach den Vorschlägen des Ausschusses sind auch noch Bezirkskurse vorgesehen, die als Vorstufe für die Schule gedacht sind. Die Bibliotheken erfahren auch einen weiteren Ausbau. Der Bücherbestand ist gegenwärtig 53 628 Bände gegen 48 116 Bände im Vorjahr; Ausgabestellen bestehen 59. Die Zentralbibliothek im „Volkshaus“ umfaßt 8256 Bände. Die Zahl der Entlehnungen betrug 196 428, gegen 163 933 im früheren Jahre. Theateraufführungen veranstaltete das Arbeiterbildungsinstitut 34, die von 36 229 Personen besucht waren. Gegeben wurden 10 Dramen, 6 Lustspiele, eine Oper, 4 Operetten und ein Weihnachtsmärchen. An Aufwendungen erforderte das Arbeiterbildungsinstitut einen Zuschuß von 9375 M., zu dem die Gewerkschaften 3500 M. beisteuerten.

Aus dem Bericht der Jugendbewegung ist zu entnehmen, daß im verlossenen Geschäftsjahr 22 Vereine mit 2134 Mitgliedern (1486 männl. und 648 weibl.) bestanden. Das Wachstum drückt sich in folgenden Zahlen aus: 1908 1099, 1909 1266, 1910 1601, 1911 1914, 1912 2134. Die Tätigkeit der Jugendvereine bestand in Vorträgen (311), Diskussionsabenden (211), Vorlesungsabenden (106), Unterhaltungsabenden und Feiern (114), Rezitationsabenden (75), Ausflügen (305), Spielabende (291), Musicals, Theater, Konzertbesuchen usw. Außerdem wurde ein Unterrichtskursus in drei Bezirken abgehalten, in dem an 25 Abenden über: „Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft“ vorgelesen wurde. In Pfingsten unternahm 200 Jugendliche eine Wanderfahrt nach Thüringen.

Gewerkchaftliches.

Der Verband der Baugeschäfte sichert.

In einem Rundschreiben an die Mitglieder weist der Vorstand des Verbandes auf den am 31. März 1913 erfolgenden Ablauf der Tarifverträge für die Hauptberufe des Baugewerbes hin. Ob durch friedliche Verständigung neue Tarifverträge zustande kommen, entzieht sich zurzeit jeder Beurteilung. Jedenfalls werden die Mitglieder aber ersucht, den Ablauf der Tarifverträge bei ihren geschäftlichen Unternehmungen in Berücksichtigung zu ziehen.

Vor allen Dingen ist es unumgänglich notwendig, daß in jedem Falle in den Bauverträgen die Streikklausel aufgenommen wird. Nach den Satzungen des Verbandes müsse das in Privatverträgen unbedingt geschehen. Insbesondere soll aber dahin gestreift werden, daß auch in Verträgen mit Behörden die Streikklausel anerkannt wird. Dieselbe ist daher jeder Offerte und Submission beizugeben.

Sie lautet:

„Eine Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betrieb bewirkt die Verlängerung aller Fristen bezw. Hinausschiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung.“

Die Forderung an die Behörden ist nicht neu; sie wird hartnäckig wieder und wieder erhoben. Und gerade dieser Umstand beweist, daß sich ein Herzenswunsch der Unternehmer darin verkörpert. Behörden haben die allgemeine Aufnahme der Klausel oftmals abgelehnt, und das schmerzt. Da aber Organe der Gemeindeverwaltungen zum Teil mit Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte oder mit diesem nahestehenden Personen durchsetzt sind, liegt die Möglichkeit vor, daß in nächster Zeit in den Gemeinden wiederum Vorstöße gemacht werden, um die Streikklausel in den Verträgen Eingang zu verschaffen. Wir betrachten sie nicht als das A und O unserer Lohnbewegungen, halten sie aber für fruchtbar und sind dagegen, weil sie neutrale Instanzen in den Dienst des wirtschaftlichen Kampfes stellen will.

Unsere Genossen in den Gemeindeparlamenten werden in diesem Sinne handeln. Verlangen sie vielmehr die Einführung der sogenannten „anständigen Lohnklausel“.

Berlin und Umgegend.

Die Löwenbrauerei unter polizeilichen Schutz.

Der Kellnerstreik im Ausschank an der Hochstraße hat denOLONOM Donath veranlaßt, sich unter polizeilichen Schutz zu begeben. Zehn Uniformierte und ein halbes Duzend Kriminalbeamte marschieren jeden Abend vor dem Lokal auf. Der Schutz, den Herr Donath genießt, geht sogar soweit, daß die Schuppleute die an den Häusern angeklebten über den Streik aufläuternden Flugblätter abtragen. Der Schupmann Nr. 5275 ging vor dem Eingang in der Bodstraße gegen das sich bößlich ruhig verhaltende Publikum mehrere Male mit dem halb aus der Scheide gezogenen Säbel vor. Durch solche Nervosität wird das Publikum immer erst aufmerksam, daß etwas los ist. — Zu der uns von der Brauerei eingehenden Berichtigung erklärt die Streikleitung, daß tatsächlich am Donnerstag und Freitag ein Bureau-Angestellter der Brauerei Arbeitswilligendienste bei dem HerrnOLONOM Donath geleistet hat. Da die Brauereidirektion wahrheitsgemäß auch befreit wird, daß die „Kajmaters“ Herrn Donath durch die Brauereigebäude zugeführt werden, so weist die Streikleitung darauf hin, daß der Portier am Sonnabend einen Streikposten, den er für einen Arbeitswilligen hielt, das Angebot machte, mit ihm durch die Brauerei zu gehen, da würde er von den Streikposten nicht gesehen. Von der bürgerlichen Presse wurde gestern gemeldet, daß am Montag drei Revolvergeschüsse gefallen seien, ob jemand verletzt worden sei, hätte man noch nicht feststellen können, weil die Revolvergeschüsse nur in der Phantasie des Berichterstatters entzungen sind. Die weiter gemeldeten Verhaftungen beziehen sich lediglich auf solche von Leuten, die im Lokal Flugblätter verbreitet haben. Diese Tätigkeit ist aber nach einem Kammergerichtsurteil nicht strafbar.

Deutsches Reich.

Zum Streik in der Görlitzer Waggonfabrik.

Der Haupteiter des Metallarbeiterverbandes hat im Auftrage sämtlicher Streikenden an den Bezirksverband Niederschlesien des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, Verhandlungen einzuleiten zur Beilegung des Streiks. Darauf ist die Antwort eingegangen, daß der Verband Deutscher Metallindustrieller zu Verhandlungen bereit sei. Die Verhandlungen, zu denen Vertreter der am Streik beteiligten Organisationen hinzugezogen werden sollen, haben am Dienstag ihren Anfang genommen.

Wie berichtet der Streik in der Görlitzer Waggonfabrik ist, geht daraus hervor, daß jetzt nach viermonatiger Dauer selbst die im Betrieb stehenden geliebten Gelder bei der Betriebsleitung vorstellig wurden, und die Abschaffung des neu eingeführten Arbeitssystems forderten — das die Ursache des Streiks bildete —, weil es darunter nicht möglich sei, einen zum Leben notwendigen Lohn zu verdienen. Die Antwort der Betriebsleitung an die Gelben war, daß an dem System nichts geändert würde. Eine andere Antwort haben die treuen Helfer der Betriebsleitung zur Niederhaltung ihrer Arbeitskollegen nicht verdient. Es ist immerhin bezeichnend, daß nach vollen drei Monaten erst den gelben Arbeitswilligen die Erkenntnis dämmert, daß es unter dem neuen Arbeitssystem unmöglich ist, auf die Dauer auszuhalten, daß also der Zustand ihrer organisierten Arbeitsbrüder durchaus berechtigt sein muß. Die Verzögerung der Arbeitswilligen war den Gelben so aufreizend, daß sie an die Betriebsleitung das Verlangen gestellt haben sollen, auch ihnen den gleichen Wochenlohn — 30 M. und freie Verpflegung — zu zahlen. Wie verlautet, haben sie unter mitleidigen Lächeln eine glatte Abfuhr erhalten. Jetzt können die Gelben am eigenen Leibe spüren, was es heißt, sich als Handlanger profitwütiger Unternehmer herzugeben. So rächt sich alle Schuld auf Erden.

Die Vorlesung in Ragnit, die sich am Sonnabend aus Anlaß des Streiks bei der Firma Brüning u. Sohn ereignete, haben dazu geführt, daß die zweite Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 41 aus Tilsit unter dem Befehl des Hauptmanns v. Wend nach Ragnit beordert wurde. Die Kompanie, die dort in Bürgerquartieren untergebracht ist, patrouilliert durch die Stadt, namentlich in der Nähe der Brüning'schen Fabrik, die scharf bewacht wird. Die Verletzungen, des Polizeikommissars Böper durch angebliche Steinwürfe und Hiebe sind geringfügiger Natur. Offenbar handelt es sich bei der ganzen Darstellung der Vorgänge um die typischen Hebertreibungen der bürgerlichen Scharfmacherpresse. Am Streik sind etwa 80 Mann beteiligt.

Die Holzbearbeitungsmaschinenfabrik, Firma Leicher u. Sohn, Liegnitz, hat ihre gesamte Arbeiterschaft seit dem 18. Juli ausgesperrt und am 27. Juli entlassen und entlassen. Alle Bemühungen der Arbeiterschaft, die Differenzen auszugleichen, scheiterten an dem Starrsinn des Unternehmers. Wir bitten daher, Zugang von Schlossern, Drechern, Formern, Hoblern, Modellierern sowie allen Hilfsarbeitern der Maschinenbranche fernzuhalten. Wir bitten arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck dieser Notiz.

Deutscher Metallarbeiterverband, Zasthelle Liegnitz.

Ausland.

Das Ende des Streiks in Zürich.

Streikbrecher, Streikpostenverbot, Waffenverhaftungen und Auswechslung der kapitalistischen Gewaltpolizei mit allen ihren wirt-

schaffen und brutalen Kampfsmitteln haben wieder einmal über die Arbeiter gestiftet. Die streikenden Arbeiter und Schloßer haben den Kampf abgebrochen und veröffentlicht bezügliche Bekanntmachungen in der Presse. Der Vorstand des Zentralverbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schweiz konstatiert in seiner Bekanntmachung, daß die Maßnahmen der Behörden geordnete Kontrolle und Durchführung des bis zur letzten Stunde sich eines günstigen Standes erfreuenden Streiks verunmöglichten und er führt dann weiter aus:

„Zudem halten wir es für unsere Pflicht, durch diesen Beschluß dem Willen der Behörden gegen völlig Unschuldige den Boden zu entziehen. Die gesamte Arbeiterschaft hat eine glänzende Solidarität bewiesen. Sie hat durch den Generalstreik vom 12. Juli Protest erhoben gegen das einseitige Verhalten der Behörden zugunsten der Unternehmer und Streikbrecher, sie hat eine zweitägige Aussperrung auf sich genommen und eine Anzahl tüchtiger Genossen sind, als Opfer herausgerissen, ausgewiesen oder sitzen in Haft. Da die Streikenden zur Untätigkeit gezwungen sind, wäre eine weitere Fortführung des Kampfes nur noch mit größeren Opfern der Gesamtheit möglich gewesen. Solche wollen wir nicht mehr zumuten und treten zurück.“

Ohne der Meisterschaft irgendwelche Konzessionen zu machen, treten wir nach 10wöchigem Kampf vom Kampfsplatz und nehmen ohne Tarif die Arbeit wieder auf.

Die Zukunft wird zeigen, daß der Kampf nicht vergebens geführt worden ist. In seinem kleinsten Geiste wird sich das Meistertum zu rächen suchen.“

Der Schloßerstreik dauerte seit dem 1. April. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes sagt in seiner Schlussbekanntmachung ganz richtig, daß die Schloßermeister keine Ursache zu Siegeshymnen haben.

Die Unternehmer haben nicht aus eigener Kraft gesiegt, sondern nur dank der Kraftleistung der sämtlichen Unternehmerverbände, dank der Unterstützung durch die Behörden, dank der Infanterie und Kavallerie, dank des Streikpostenverbotes und des Streikbrecherimportes, dank der maßlosen Hebe, die von der bürgerlichen Presse aller Schattierungen monatelang getrieben wurde.

Der Kampf entbrannte um den Reinstudenten, also um eine Kulturforderung, die es dem Arbeiter ermöglichen soll, sich mehr als bisher als Mensch zu fühlen.

Mit maßloser Wut haben die Segner und Beschimpfer. Hörte man sie, so fand die Existenz der ganzen Staatsordnung auf dem Spiel. Sie haben es fertig gebracht, die Behörden zu einseitigen Maßnahmen gegen die Streikenden aufzupeitschen, sie sind damit auch die Urheber der großen Solidaritätskundgebung der Züricher Arbeiterschaft, des Generalstreiks vom 12. Juli, geworden. Die Schloßermeister befinden sich jedoch in einem schweren Irrtum, wenn sie glauben, nunmehr in alle Ewigkeit „Ruhe“ zu haben. Schneller als ihnen lieb sein wird, kann der Kampf von neuem beginnen.“

Für beide Gewerbe auf dem Plage Zürich wird bis auf weiteres die Sperre aufrechterhalten.

Massenaussperrung in einer ungarischen Fabrik.

Da wegen Entlassung eines Vertrauensmannes mehrere hundert Arbeiter in der Elektrizitätsfabrik Ganz in den Streik getreten sind, hat die Direktion nach einer Meldung aus Budapest sämtliche 3000 Arbeiter ausgesperrt.

Siegreicher Hafnarbeiterstreik.

Aus New York wird gemeldet: Die International Mercantile Marine Co. hat beschlossen, die Forderungen der Hafnarbeiter nach Lohnaufbesserung zu bewilligen. Obwohl der Streik schon für mehrere transatlantische Linien erklärt worden ist, wird erwartet, daß auch diese Gesellschaften der International Mercantile Marine Co. folgen. Es werden von der Lohnhöhung ungefähr 6000 Mann betroffen.

Verfammlungen.

Wohlfahrtsvereinigungen der Firma Schwarzkopff.

Es ist jetzt Rade geworden, daß die Unternehmer ihr warmes Herz für die Arbeiter entdecken und allerlei sogenannte Wohlfahrtsvereinigungen für dieselben ins Leben rufen. Welchen Wert diese Wohlfahrtsvereinigungen besitzen, das ist in der Arbeiterpresse schon oft auseinandergesetzt worden. Bei näherer Untersuchung stellte es sich stets heraus, daß die Arbeiter die Kosten tragen und nichts zu sagen haben, während die Unternehmer sich mit dem Nimbus eines edlen Wohltäters umgeben und schließlich sogar noch ein gutes Geschäft dabei machen. Bei der Firma Schwarzkopff in der Scheringstraße existiert ebenfalls eine solche Wohlfahrtsvereinigung, eine sogenannte Vorläufliche. Sie ist nicht obligatorisch, leider gehören ihr aber auch organisierte Arbeiter als Mitglieder an. Für die aus dieser Klasse entnommenen Vorwände müssen Firmen gezahlt werden, und der auf diese Weise angeamelte Fonds dient dazu, alten invaliden Arbeitern eine kleine monatliche Rente in der Höhe von 10—15 M. sowie den Hinterbliebenen von verstorbenen Meistern eine Unterstützung zu gewähren. Nun besteht in demselben Betrieb auch eine Kantine, aus welcher die dort beschäftigten Arbeiter ihre Getränke beziehen können. Da diese Getränke mit nach oben abgerundeter Münze bezahlt werden müssen, so verleiht bei dem Konsum der über 1000 dort beschäftigten Arbeiter sicherlich ein ganz netter Uberschuß. Außerdem fließen in die Kantinekasse auch die Strafgehalte. Dem berechtigten Wunsch des Arbeiterausschusses, Aufklärung über die Verwendung dieser Gelder zu erhalten, ist die Direktion sondersbarerweise bis jetzt noch nicht nachgegeben. Sie braucht sich daher nicht zu wundern, wenn allerlei Gerüchte umherschwirren, die darin gipfeln, daß die Firma sich mit fremden Federn schmückt und das Geld für ihre „Wohlfahrtsvereinigungen“ aus der Kantinekasse nimmt. Daß diese Gerüchte nicht jeder Basis entbehren, dürfte folgender Vorgang beweisen. Vor zehn Wochen beschloßen die Arbeiter der Firma, so lange den Konsum über die Kantine zu verhängen, bis die Direktion über die Verwendung der Uberschüsse Aufklärung gebe. Dieser Beschluß war der Direktion sichtbar unangenehm. Statt aber dem berechtigten Verlangen nachzugeben, kündigte sie an, daß die bis dahin gewährten Zuschüsse zum Kranfengeld an Kranke Arbeiter aufgehoben sind. Ferner soll auch den invaliden Arbeitern die schmale monatliche Rente noch gekürzt werden. Aus diesem Vorgehen kann man allerdings mit Leichtigkeit schließen, daß die Uberschüsse der Kantinekasse dazu dienen, den Wohltätigkeitsfond der Firma finanziell zu unterstützen. Durch den Konsum drohte eine Ebbe in der Kantinekasse einzutreten, da mußte denn schnell Vorkehrung getroffen werden, daß das Loch nicht zu groß wird. Die Arbeiter der Firma Schwarzkopff sind aber nach wie vor nicht gewillt, sich eine derartige Behandlung gefallen zu lassen. In einer am Montag abgehaltenen gut besuchten Versammlung wurde ein Antrag, den Konsum wieder aufzuheben, mit großer Majorität abgelehnt. An alle dort beschäftigten Arbeiter wird der Appell gerichtet, ihre Getränke mit zur Arbeitstasche zu bringen und den Konsum wirksam zu unterstützen. — Vor Erledigung dieser Angelegenheit konnte der Arbeiterausschuß die Mitteilung machen, daß nach langen Verhandlungen mit der Direktion die Kompetenzen des Arbeiterausschusses erweitert worden sind. Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntnis davon.

Die Firma Schwarzkopff wird wohl nicht auf die Dauer den Vorwurf auf sich sitzen lassen können, daß sie die Mittel zu den von ihr betriebenen Wohlfahrtsvereinigungen aus den von den Arbeitern ausgebrachten Kantineüberschüssen nimmt. Eine solche Art von Wohltätigkeit, die von anderen Leuten bezahlt wird, wäre doch zu eigenartig. Nicht minder sonderbar erscheint das Gerücht, daß auch die Abonnementsgelder für die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, welche gratis an die Arbeiter des Betriebes zur Verteilung gelangte, aus den Kantineüberschüssen bezahlt wurden. Die Arbeiter setzen sich nicht veranlaßt, mit ihrem Gelde derartige Leistungen, die noch dazu gegen ihre Interessen schreiben, über Wasser zu halten.

Aus der Frauenbewegung.

100 M. Jahreseinkommen ausreichend für eine Arbeiterin!

Einhundert Mark Jahreseinkommen sind ausreichend für eine alte, gebrechliche Arbeiterin! Das ist der Sinn einer Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Oepeln. Nach einem Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde war die 66 Jahre alte Arbeiterin J. als fast völlig erwerbsunfähig bezeichnet worden; die alte, an Alterserscheinungen und einem Leistenbrüche leidende Frau konnte fast gar keine Arbeiten mehr verrichten, oder doch nur ganz leichte, und diese auch nur mit Unterbrechungen; sie sei infolgedessen erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien lehnte jedoch die Bewilligung einer Invalidenrente ab, da Frau J. noch imstande sei, 100 M. jährlich zu verdienen. Und das angerufene Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Regierungsrate, zwei Grundbesitzern, einem Oberheger und einem Pferdebesitzer, bestätigte die Entscheidung. Der Einwand der Frau J., daß die Alterserscheinungen sehr hartnäckig seien, und daß sie außer an dem Leistenbrüche auch an Reizen in der linken Körperseite und an Jittern am ganzen Körper leide, wurde nicht beachtet, sondern entschieden, daß Frau J. nach dem Gutachten des königlichen Kreisarztes „trotz dieser Leiden noch nicht erwerbsunfähig sei im Sinne des Gesetzes“. Das Schiedsgericht habe sich diesem einwandfreien Gutachten angeschlossen und damit entgegen der Ansicht der unteren Verwaltungsbehörde für festgestellt erachtet, daß die „Klägerin trotz ihres vorgerückten Alters und ihres mehrfachen Leidens immer noch imstande ist, durch Verrichtung allerhand leichter und mittelschwerer Arbeit ihre nur 100 M. betragende Mindestgrenze zu erreichen“. Invalidität im Sinne des Gesetzes liege daher nicht vor. Der Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente sei danach für heute noch unbegründet.

Also mit 27,4 Pf. pro Tag soll die 66 Jahre alte, gebrechliche Arbeiterin ihr Leben fristen können — notabene, wenn sich überhaupt jemand findet, der ihr Arbeit gibt, um so viel verdienen zu können. Für den deutschen Arbeiter ist bekanntlich gesorgt bis ins hohe Alter.

Letzte Nachrichten.

Ein Riesenbrand

Am gestern mittag kurz vor 1 1/2 Uhr auf dem eisenbahnstatischen Gelände vor dem Lokomotivschuppen in der Saarmünder Straße in Rosdamm aus. Das Feuer entzündete in einem etwa 80 Meter langen Schuppen, den der Darmhändler Fruschko vom Eisenbahnstapel gepachtet und dessen verschiedene Abteilungen er an Aftermieter weiter verpachtet hatte. Der Schuppen brannte in seiner ganzen Ausdehnung. Die bis nach der Saarmünder Straße züngelnden Flammen entzündeten die neu errichtete Krangebäude und bedrohten die Zigarettenbude von Breßsch und die Bäume an der Straße. Der ganze Bereich in den angrenzenden Straßen war gemüht. Der große Schuppen selbst, in dem sich unter anderem ein Kohlenlager befand, wurde vollständig zerstört.

Vertrauensvotum für das türkische Ministerium.

Konstantinopel, 30. Juli. (W. T. B.) Die Kammer hat dem Kabinett mit 113 gegen 45 Stimmen ihr vollständiges Vertrauen ausgesprochen.

Ueber den Verlauf der Kammer Sitzung (siehe unter „Krieg“) meldet W. T. B.:

Um 5 Uhr wurde die Sitzung der Kammer wieder aufgenommen. Zwei Redner sprachen für die Regierung, ein Armenier kritisierte lebhaft den unbestimmten Wortlaut des Regierungsprogramms, besonders weil es nicht deutlich erklärt, welche Politik den Nationalitäten gegenüber verfolgt werden soll. Der Redner erklärte, die Armenier würden sich der Abstimmung enthalten. Ein jungtürkischer Redner tadelte die Erhebung in Albanien. Einige Albaner riefen: Die Erhebung in Albanien ist gescheit! Diese Worte riefen einen wüsten Lärm hervor. Es kam zu einem Streit zwischen den Albanern und einem Deputierten, der die Albaner beleidigte. Die Albaner schrien und lärmten. Ein Albaner rief: Die Erhebung in Albanien ist gescheit, weil ihr Grund die Schändung der Mädchen und die Zerstörung der Häuser ist. Endlich hörte der Lärm auf. Da die Debatte sich in die Länge zu ziehen drohte, erklärte Hussein Hilmi Pascha im Namen des Kabinetts, die lange Diskussion sei überflüssig. Das Kabinett, das der Sitzung mit Ausnahme des Kriegsministers und Kiamil Paschas vollzählig beiwohnte, zog sich zur Beratung zurück. Die Sitzung wurde unterbrochen.

Die Unterbrechungen der Kammer Sitzung waren durch leidenschaftliche Erörterungen in den Wandelgängen ausgefüllt. In der ersten Pause trat die jungtürkische Partei zu einer Sitzung zusammen und erörterte die Lage. Es wurde beschlossen, der Regierung ein Labelsotum zu erteilen. Während der zweiten Pause vollzog sich indes ein Umschwung der Stimmung, der für die Regierung eine Mehrheit von 113 gegen 45 Stimmen herbeiführte.

Die Vereinigten Staaten und die mexikanischen Unruhen.

Washington, 30. Juli. (W. T. B.) Staatssekretär Knox hat dem Führer der mexikanischen Rebellen, General Orozco, mitteilen lassen, daß die Ueberfälle und Angriffe auf Amerikaner und amerikanisches Eigentum in Nordmexiko sofort aufhören müßten oder die Vereinigten Staaten würden vorgehende Maßnahmen ergreifen. Präsident Wadsworth erklärt, er habe bereits Truppen nach dem Norden Mexikos abgeordnet, um die Unruhen zu unterdrücken.

Kardinal Fischer gestorben.

Köln, 30. Juli. (W. T. B.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln, ist heute nacht 11 Uhr 30 Minuten verschieden.

In der Sommerfrische verunglückt.

Silberberg (Bez. Breslau), 30. Juli. (W. T. B.) Als gestern der Maschinenreisende Nitzky und Frau aus Charlottenburg mit ihrer Schwiegermutter, Frau Hummel, nach Silberberg fuhren, scheuten die Pferde des Wagens. Die drei Insassen stürzten heraus. Frau Hummel blieb tot, die anderen wurden lebensgefährlich verletzt.

Schreckliche Kesselplosion.

Budapest, 30. Juli. (P. E.) In der Ungarischen Mineralöl-Fabrik A.-G. ereignete sich heute früh unmittelbar nach Aufnahme der Arbeit eine schwere Kesselplosion, durch die mehrere Benzinfässer in Brand gerieten. Im Augenblick stand die ganze Fabrik in Flammen. Bald nach Ausbruch des Brandes flog ein zweiter Kessel in die Luft. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei andere schwer verletzt. Wie es heißt, sollen sich in dem Fabriksgebäude noch vier Arbeiter befinden, die wahrscheinlich verbrannt sein dürften. Der Brand konnte erst nach längerer Zeit von der Wehr lokalisiert werden. Der Schaden ist auf etwa eine halbe Million Mark zu schätzen.

Sechs Personen verbrannt.

Lins, 30. Juli. (P. E.) In der Gemeinde Goldsch ist ein Bauerngut vollständig abgebrannt. Sämtliche Insassen, sechs Personen, sind in den Flammen umgekommen.

Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern.

Eine Beobachtung des Arbeiterhaushalts muß, wenn sie genau und zuverlässige Resultate ergeben soll, über eine längere Zeitperiode hinweg durchgeführt werden. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat der deutsche Metallarbeiterverband seine im Jahre 1908 begonnenen Erhebungen über Haushaltsrechnungen in den Jahren 1909 und 1910 fortgesetzt und für 1909 56 Haushaltungen, für 1910 35 Haushaltungen einer Beobachtung unterzogen. Die gleichen Haushaltungen wurden auch im Jahre 1908 erfaßt, so daß von 56 Haushaltungen zweijährige, von 35 Haushaltungen dreijährige Aufzeichnungen vorliegen. Es bestand ursprünglich die Absicht, die 56 Haushaltungsrechnungen aus dem Jahre 1909 auch im Jahre 1910 fortzuführen zu lassen, doch schieben 21 der Haushaltungslistenführer aus einer Reihe von Gründen aus der Beobachtung aus. Im Interesse der Sache ist dies lebhaft zu bedauern. Auch eine Fortführung der 35 Haushaltungen, die jetzt für drei Jahre vorliegen, auf einen noch längeren Zeitraum wäre sehr wertvoll gewesen. Das beweisen die Ergebnisse dieser 35 Haushaltungen, die in Nr. 27 und 28 der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht worden sind und die wir in folgendem einer kurzen Betrachtung unterziehen wollen.

Die Gesamteinnahmen dieser 35 Haushaltungen betrugen im Jahre 1908: 56 268,74 M., 1909: 59 342,54 M., 1910: 62 316,47 M. und setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Table with 3 columns: Posten, 1908 M., 1909 M., 1910 M. Rows include: Rassenbestand vom Vorjahr, Verdienst des Mannes, Verdienst der Familienangehörigen, Unterfützung, Sonstige Einnahmen.

Ein Blick auf die Gesamteinnahmen zeigt, daß diese mit jedem Jahre gestiegen sind. Die Bearbeiter der Statistik betonen jedoch, daß dieses Mehr als eine Vesperstellung der in Frage kommenden Arbeiter nicht anzusehen ist, da die Ausgaben teils in gleichem, teils in stärkerem Tempo gestiegen sind und die Kaufkraft des Geldes in der dreijährigen Berichtsperiode nachgelassen hat. Wie sich die Jahreseinnahme im Durchschnitt der 35 Haushaltungen gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Table with 7 columns: Art der Einnahmen, 1908, 1909, 1910. Rows include: Rassenbestand vom Vorjahr, Verdienst des Mannes, Verdienst der Familienangehörigen, Unterfützung, Sonst. Einnahmen, zusammen.

Bei einer Betrachtung der Zahlen fällt vor allem der Rassenbestand auf, der sich mit jedem Jahre gesteigert hat. Im Jahre 1908 betrug der Rassenbestand nur 0,79 Proz. der Gesamteinnahmen, um im Jahre 1909 auf 2,30 Proz. und im Jahre 1910 auf 4,11 Prozent zu steigen. Die Steigerung von 1908 auf 1909 wird mit der genaueren Aufzeichnung erklärt, die durch die Erhebung vorgenommen wurde. Die Steigerung von 1909 auf 1910 entstand, weil alle mit Defizit arbeitenden Haushaltungen aus der Beobachtung ausgeschieden. Die im Jahre 1910 übriggebliebenen Haushaltungen haben durchweg mit einem Ueberschuß abgeschlossen. Die Bearbeiter der Budgets nehmen an, daß die gemachten Ersparnisse auf Kosten der Lebenshaltung gingen, denn von den in Frage kommenden Listenführern hat ein Teil wiederholt mitgeteilt, daß er sich den Notspennig vom Munde abspart, um bei eintretender Ar-

beitslosigkeit oder bei sonstigem der Familie zustohenden Unheil vor einer momentanen Not geschützt zu sein.

Der Verdienst des Familienoberhauptes bildet naturgemäß die Haupteinnahmequelle. Er weist mit jedem Jahre eine absolute Steigerung auf. Im Jahre 1908 stellte sich der Durchschnittsverdienst auf 1337,75 M., im Jahre 1910 betrug der Durchschnitt 1411,79 M.; im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen ist ein Rückgang des Verdienstes des Familienoberhauptes zu verzeichnen. 1908 betrug der Verdienst des Mannes 83,21 Proz. der Gesamteinnahmen, 1910 war dieses Prozentverhältnis auf 79,29 zurückgegangen. Der Mannesverdienst reicht auch nicht in einem einzigen Falle allein zur Bestreitung der Haushaltskosten aus. Der prozentuale Rückgang beweist, daß der Verdienst nicht in dem Maße gesteigert werden konnte, als es die immer teurer werdende Lebenshaltung erfordert hätte. Der Rückgang mußte also durch stärkeres Herausziehen der Familienangehörigen zum Erwerb wieder einigermaßen ausgeglichen werden. Wir finden, daß der Verdienst der Familienangehörigen im Jahre 1908 durchschnittlich 111,70 M. betrug und sich im Jahre 1910 auf 145,61 M. gehoben hat. Im Verhältnis zur Gesamteinnahme trat aus dem Verdienst der Familienangehörigen eine Steigerung von 6,95 Proz. auf 8,18 Proz. ein. Die Einnahmen aus Unterfützungen, die in der Hauptsache aus Unterfützungsgeldern des Verbandes oder aus Krankenunterstützung bestehen, sind in der dreijährigen Berichtsperiode absolut etwas in die Höhe gegangen, im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen trat ein kleiner Rückgang ein. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich bei den sonstigen Einnahmen, die sich aus dem Nebenverdienst des Mannes, aus Einkäufen von Beiträgen, aus Kolportage, aus Zimmervermieten, Rückvergütung vom Konsumverein, Aufnahme von Darlehen und Entnahme von Spareinlagen zusammensetzen.

Betrachten wir demgegenüber die Ausgaben der 35 Haushaltungen. Sie betrugen im Jahre 1908: 55 625,46 M., 1909: 57 602,72 M., 1910: 58 872,01 M. Davon entfallen im Durchschnitt auf eine Familie im Jahre 1908: 1589,30 M., 1909: 1645,79 M., 1910: 1682,06 M.

Dieser durchschnittliche Verbrauch einer Familie zergliedert sich folgendermaßen:

Table with 7 columns: Ausgaben für, 1908, 1909, 1910. Rows include: Nahrungsmittel zusammen, Wohnungsmiete, Steuern, Kleid.-Anschaff., Reparatur, Versicher. u. Vereinsbeitr., Bier, Wein u. sonst. Getränke, Heizung und Beleuchtung, Sonstige Ausgaben, Bildung, Unterhaltung, Arzt, Apoth., Gesundheitspf., Seife, Soda, Waschmittel, Zigarren, Tabak, Fahrgebelde, Schulbedürfn., Schulgeld.

Wir können aus Mangel an Raum nur auf eine Betrachtung der wichtigsten Ausgabenposten eingehen.

Die Nahrungsmittel weisen den größten Ausgabenposten auf, beinahe die Hälfte aller Ausgaben entfallen darauf. Obwohl die Beträge für Nahrung mit jedem Jahre gestiegen sind, steht ihre Steigerung doch nicht im Verhältnis zu den Gesamtausgaben, es ist ein prozentualer Rückgang der Nahrungsmittelausgaben zu verzeichnen. Die Tabelle weist das aus.

Der Rückgang in den Jahren 1909 und 1910 gegenüber dem Jahre 1908 erklärt sich dadurch, daß gerade bei den Nahrungsmitteln die größtmögliche Sparanfänglichkeit angewendet wurde. Diese Zahlen beweisen auch, daß die erzielten Ueberschüsse im wahren Sinne des Wortes am Munde abgepart worden sind.

Der Ausgabenposten Wohnungsmiete, Steuern enthält außer Wohnungsmiete und Steuern auch noch Ausgaben für häusliche Dienstleistung. Es handelt sich dabei um zeitweilige Hilfe bei Krankheitsfällen in der Familie oder bei sonstigen außergewöhn-

lichen Umständen, wo freundschaftliche und nachbarliche Hilfe nicht ausreichend war. Die Umzugskosten sind gleichfalls dieser Rubrik zugezählt. Im Verhältnis zur Gesamtausgabe trat in den drei Berichtsjahren eine Steigerung dieser Ausgabenposten von 13,75 Prozent auf 14,19 Proz. ein. Auf Kleidung, Neuanschaffungen, Reparaturen entfallen im ersten Jahre 13,09 Proz., im zweiten Jahre 13,92 Proz. und im dritten Jahre 13,43 Proz. der Gesamtausgaben. Demnach standen diese Ausgaben im Jahre 1909 am höchsten. Schlüsse lassen sich aus diesen Ausgabenposten nicht ziehen, denn derartige Ausgaben werden im Arbeiterhaushalt meistens nur vorgenommen, wenn sie sich absolut nicht umgehen lassen und wenn an den übrigen unumgänglich notwendigen Ausgaben etwas abgezpart werden kann. Auffallend ist, daß sich im Jahre 1909, in dem die Aufwendungen für Kleider usw. stärker waren als 1908 und 1910, ein verhältnismäßig großer Rückgang in den Nahrungsmittelausgaben eintrat. Das läßt den Schluß zu, daß auf Kosten von notwendigen Bekleidungsgegenständen an Nahrung gespart wurde.

Der Posten Bier, Wein und sonstige Getränke macht gegenüber anderen Posten infolge einer Ausnahme, daß er mit jedem Jahre zurückgegangen ist. In Prozent der Gesamtausgaben trat ein Rückgang von 4,45 im Jahre 1908 auf 3,71 im Jahre 1909 und 3,57 im Jahre 1910 ein. Dieser jährliche Rückgang ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, da es sich zweifellos um eine Verminderung des Alkoholverbrauchs handelt. Wenn auch in dieser Rubrik Ausgaben für andere Getränke, wie Mineralwasser, Limonade und dergleichen, enthalten sind, so ist doch anzunehmen, daß von der Einschränkung in erster Linie die alkoholischen Getränke betroffen wurden.

Den sonstigen Ausgaben sind alle Ausgabenposten zugezählt, für die keine ihrem Zweck entsprechende Rubrik vorhanden war. Diese Ausgaben setzen sich zusammen aus häuslichen Bedarfsartikeln, Geschenken, Blumenpenden und dergleichen. Die Schwankungen innerhalb der drei Jahre liegen daran, daß diese Ausgaben keine regelmäßigen sind.

Die Aufwendungen für Bildung und Unterhaltung richten sich nach den persönlichen Verhältnissen, sind aber auch stark beeinflusst von der individuellen Veranlagung des einzelnen. Der durchschnittliche Verbrauch pro Familie betrug im Jahre 1908: 39,30 M., 1909: 37,06 und 1910: 39 M. Diese Beträge setzen sich zusammen aus Ausgaben für Zeitungen, Bücher, Schreibmaterial, Porto, Eintrittsgelder für Konzerte, Theater, Vorträge, eventuelle Nebenkosten, wie Programm, Garderobe, Fahrgebelde für Eisenbahn und Straßenbahn, die anlässlich eines Ausflugs oder sonstigen Vergnügungs- und Bildungszweckes gemacht wurden. Die sonstigen Ausgaben, die bei einem Ausflug verursacht wurden, sind hier ebenfalls mitgerechnet. Dieser Ausgabenposten ist im ersten und dritten Jahre annähernd gleich geblieben, im zweiten Jahre war er etwas geringer. Im Verhältnis zu der Gesamtausgabe trat ein Rückgang ein.

Für die Genussmittel Zigarren, Tabak usw. läßt sich die gleiche Wahrnehmung machen wie bei den Getränken. Die Ausgaben dafür sind keine absolute Notwendigkeit und erfuhren daher eine Einschränkung.

Bei den bisherigen Darstellungen war immer eine Familie oder ein Haushalt grundlegend, da aber die einzelnen Familien infolge ihrer Zusammensetzung ganz verschiedene Verbrauchsstärken aufweisen, ist auch eine Berechnung auf den Kopf der Beteiligten notwendig.

Als Einheitszahl für die Berechnung pro Kopf dient für eine erwachsene männliche Person: 1,00, für eine erwachsene weibliche Person 0,90, für 10-14jährige Kinder: 0,80, für 6-10jährige: 0,60, für 4-6jährige: 0,40 und für Kinder unter diesem Alter: 0,15. Bei Anwendung dieser Rechnungsmethode auf die 35 Haushaltungen beträgt die durchschnittliche Kopfzahl für das Jahr 1908: 3,68, für das Jahr 1909: 3,70 und für das Jahr 1910: 3,69 Personen. Bei dieser Umrechnung auf eine erwachsene Person zeigt sich folgendes: Es betragen:

Table with 3 columns: 1908, 1909, 1910. Rows include: die Einnahmen pro Kopf, die Ausgaben.

Daraus ergibt sich eine Mehrerinnahme pro Kopf für 1909 von 4,99 M., für 1909 von 13,43 M. und für 1910 von 26,67 M. Die

Notizen.

Die versöhnte Sezession. Das große Ereignis, würdig vorbereitet durch endloses Zeitungsgeplapper und richtig inszeniert mit Erklärungen und Präliminarien, ist nun komplett geworden: Bürgermeister Reide und die Sezession haben definitiven Frieden geschlossen. Nach dem Bulletin der Sezession hat Herr Reide dem Bevollmächtigten der Sezession mündlich und schriftlich erklärt, daß es ihm ferngelegen habe, der Ehre der Vorstandsmitglieder zu nahe zu treten, und versichert, daß er im Gegenteil sehr freundlich über sie denke. Es ist deshalb von einer Klage gegen Herrn Reide Abstand genommen worden.

Die Unfreundlichkeit des sehr freundlichen Herrn Reide hat also — er hat von seinen Worten keines zurückgenommen — nicht dem Vorstand gegolten, sondern einem großen Unbekannten.

Eine Ausstellung ostasiatischer Kunst, das heißt alter chinesischer, koreanischer und japanischer Kunst plant für diese Herbst die Berliner Akademie der Künste. Aus staatlichem und privatem Besitz soll das Beste gezeigt werden. Vor allem werden bei diesem Anlaß die bisher in Kisten verpackten Schätze des Museums für Völkerkunde ans Licht kommen.

Dem Verdienste die Krone. Max Reinhardt ist zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden. Allgemeine Begeisterung! Patriotische und sonstige. Nur sollte dabei beachtet werden, daß diese gleichgültige Affäre veranlaßt wurde durch die Aufführung von „Samuraj“, einer Pantomime mit Ausstattung, womit eines der Reinhardt'schen Wanderbetriebe umgerichtet.

Der Kampf um Heine, der seit Jahren zwischen (bürgerlichen) Freunden des Dichters und den untätigsten Vorurteilen geführt wird, hat zu einem kleinen Siege der ersteren geführt. Das von einem Heinebund in Halle gestiftete Denkmal soll demnächst vor dem Trothaer Schloßchen in Halle enthüllt werden. Halle ist die erste preussische Stadt, die dergleichen hat.

Der Naturforscher H. Fabre, der im hohen Alter in Rot geraten war, hat von der Pariser Akademie der Wissenschaften eine ihrer Hauptauszeichnungen (4000 Frank) bekommen. — Die Ehre kommt sehr spät, aber hoffentlich noch nicht zu spät.

Wie man am schnellsten einschläft. Professor Oster von der medizinischen Fakultät der Universität Oxford veröffentlicht im „British Medical Journal“ das Ergebnis seiner Studien über die Mittel und Wege, das Eintreten des Schlafes zu beschleunigen. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß es sich empfiehlt, des Abends im Bett mindestens eine halbe Stunde und höchstens eine Stunde zu lesen. Unerlässlich ist es aber dabei, für die Lektüre ein Buch zu wählen, das weder im körperlichen, noch im übertragenen Sinne schwer ist. Es ist weiterhin wichtig, daß das Buch offen liegen bleibt, ohne dem Leser Anstrengungen zuzumuten. Da an solchen schlafbringenden Wächern kein Mangel ist, wäre das Mittel probat, wenn nicht das Bettessen für die Augen schädlich und überdies feuergefährlich wäre.

Kleines feuilleton.

Karl May läßt die Öffentlichkeit über sich nicht zur Ruhe kommen; noch aus dem Grabe spricht er zu uns durch seine fürsorglich erschienene „Selbstbiographie“ (bei Fr. Ernst Schienfeld, Freiburg i. Br.), in der er sein „Leben und Streben“ schildert. Es ist wahr: dies Leben hat höfe Pläne; und es ist nicht minder glaubhaft, daß die Welt zuweilen Schindluder mit May getrieben, sein „Streben“ gründlich „verkannt“ hat. Mit Anteilnahme wird man die Kapitel über seine Kinderjahre lesen. May war armer ergebirglerischer Weberskute Kind. Und wie schrecklich arm! Wie im Elternhause ums Ende der vierziger Jahre bestellt war, berichtet er selbst: „Es mangelte an fast allem, was zu des Leibes Nahrung und Notdurft gehört. Wir boten uns von unserm Nachbar, dem Gastwirt „Zur Stadt Glaudau“, des Mittags die Kartoffelschalen aus, um die wenigen Broden, die vielleicht noch davon hingen, zu einer Hungersuppe zu verwenden. Wir gingen nach der „roten Mühle“ und liehen uns einige Hände voll Weinstaub und Speizenabfall schenken, um irgend etwas Nahrungsmittelähnliches daraus zu machen. Wir pflüchten von den Schutthäufen Weide, von den Hainen Otterzungen und von den Bäumen wilden Lattich, um das zu kochen und mit ihm den Magen zu füllen!“

Als Lieblingskind der Not, der Sorge, des Kummers, quält er sich durch bis zum Lehre. Da nimmt das Verhältnis seinen Lauf. May bekennt, daß er zunächst 6 Wochen, dann 49 Monate Gefängnis, zuletzt sogar 4 Jahre Zuchthaus verbüßt hat. Nur läßt er den Leser darüber im Zweifel, ob diese Strafen unverdient oder zu Recht erkannt wurden. Die Justiz irrt sich ja gern, wenns um einen Proletarier geht. May gibt jedoch zu, daß er durch wahllose unmäßige Lektüre von Räuberromanen Verbrecher geworden sei. Und dann, weil in ihm ein zwiespältig Wesen zeitweilig die Gensgenossen klarer Verstand bewirkt habe. Darin — meint Dr. Fr. Kreuz —, daß May sich nun eingebildet habe, ein wirklicher Dieb und Verbrecher gewesen zu sein, sowie ferner in dem Bestreben, sich aus der Gemeinheit zum „Edelmenschen“ emporarbeiten zu müssen, zeige sich der richtige Neurotiker. Ob diese Theorie stimmt oder nicht stimmt, bleibe dahingestellt.

Natürlich verzicht May nicht, sich nachdrücklich als einen wirklich gottgläubigen Christen herauszufreien. Er weist nur zu gut, wie töricht solch Brimborium aus viele zu wirken vermag.

Und im gleichen Bestreben hängt er seinen schriftstellerischen Erzeugnissen den Mantel unverbrüchlicher Tugend um. Schon hinter Gefängnismauern will er den Entschluß gefaßt haben, die Menschheit von der Schandliteratur zu erlösen und sie durch — seine Indianergeschichten auf den Weg des Heils zu bringen. Als Märchen, als Gleichnisse, nur bildlich oder symbolisch sollen seine 33 Reiterromane genommen werden. Dann komme man

dahinter, daß er, May, einer der größten Edelmenschen und Volkserzieher gewesen sein. Das ist Karl May, wie er lebte und lebte; ein Phantast, der an seine eigenen Phantasien glaubte.

Das Problem der künstlichen Ernährung. Zu den scheinbar am festesten fundierten Behauptungen der Physiologie gehört die, daß es nur der Pflanze, nicht aber dem Tiere möglich sei, anorganische Stoffe in organische zu verwandeln, d. h. niedere Stickstoffverbindungen in höhere, vor allem in Eiweiß, umzuwandeln. Die Tierwelt wäre deshalb auf das Vorhandensein einer Pflanzenwelt angewiesen und müßte ohne diese ohne weiteres zugrunde gehen. Nun ist von der raslos fortschreitenden Naturwissenschaft auch in diese Vorstellung eine Wreife gelegt worden.

Wie dies bei wissenschaftlichen Entdeckungen schon öfters geschehen ist, haben gleichzeitig und vollkommen unabhängig von einander Forscher Versuche gemacht, die zu denselben Resultaten führten. Es handelt sich um die Naturwissenschaftler E. Grafe und R. Schläpfer auf der einen und E. Alderhalden auf der anderen Seite, über deren kürzlich im Druck erschienene Forschungsergebnisse die „Naturwissenschaftliche Rundschau“ berichtet.

Alderhalden untersuchte zunächst, ob der tierische Körper auch durch vollständig abgebautes, d. h. in seine einfachsten Bausteine zerlegtes Eiweiß ernährt werden könnte. Er fütterte 6 Hunde mit Eiweißstoffen (Fleisch usw.), die wochenlang der Einwirkung von Magen- und Darmflora ausgefetzt gewesen, also vollkommen abgebaut waren. Die Versuche gelangen, es fanden sogar Gewichtszunahmen statt. Nun ging der Forscher dazu über, ein künstliches Gemenge aller uns als Eiweißbausteine bekannten Amidofauren, das sind eben jene stickstoffhaltigen Säuren, die bei dem Abbau von Eiweißstoffen entstehen, zu verfüttern, und er brachte es dahin, die Versuchstiere im Stickstoffgleichgewicht zu erhalten, ja bei jungen Tieren auch Gewichtszunahmen zu erzielen. Dabei zeigte es sich, daß gewisse Ammoniumverbindungen entbehrt werden konnten, während beim Fehlen anderer sofort Gewichtszunahme eintrat.

Natürlich mußten neben den eiweißbildenden Stoffen auch Fette und Kohlenhydrate gereicht werden. Auch diese wurden den Tieren zwar noch in organischer Form, aber doch in völlig abgebautem Zustande gereicht. Grafe und Schläpfer gaben ihren Versuchstieren Zucker und Butter, also Stoffe, die kein Eiweiß enthalten, und dazu Ammoniumchlorid resp. Ammoniumcitrat und erzielten gleichfalls Stickstoffgleichgewicht, ja Zunahme.

Bei den geschilderten Versuchen handelt es sich allerdings, wie ersichtlich, noch nicht um eine vollkommen künstliche, d. h. anorganische Ernährung, da die verfütterten Fette und Kohlenhydrate dem organischen Reich entnommen waren. Da bei ihnen jedoch die bei weitem schwierigste Frage des künstlichen Eiweißaufbaues gelöst war, so erscheint es unzweifelhaft, daß es auch noch gelingen wird, auch jene Stoffe in anorganischer Form zuzuführen.

Pro Kopf Ausgaben für eine Woche waren im Jahre 1908: 8,20 M., im Jahre 1909: 8,55 M. und im Jahre 1910: 8,77 M.

Folgende Tabelle zeigt eine Gegenüberstellung der Ausgaben pro Kopf in den Jahren 1908 bis 1910, und zwar sowohl in der Jahressumme als in der Umrechnung auf den Verbrauch einer Woche.

Art der Ausgaben	Es entfallen an Ausgaben pro Kopf im Jahre			pro Woche im Jahre		
	1908	1909	1910	1908	1909	1910
Nahrungsmittel	206,29	207,98	217,33	8,97	4,—	4,18
Bier, Wein, sonst. Getränke	19,10	16,52	16,29	0,87	0,82	0,82
Zigaretten, Tabak	5,22	4,70	5,08	0,10	0,10	0,10
Seife, Soda, Waschlittel	5,45	5,09	5,54	0,10	0,10	0,11
Fahrtgelder	4,72	4,60	5,18	0,09	0,09	0,10
Sonstige Ausgaben	12,88	17,16	12,96	0,24	0,33	0,26
Wohnungsmiete, Steuern	50,88	61,94	64,67	1,14	1,19	1,24
Erziehung und Beleuchtung	17,97	19,19	17,82	0,34	0,37	0,34
Schulbedarf, Schulgeld	2,19	2,54	2,89	0,04	0,05	0,05
Verfich. u. Vereinsbeiträge	26,—	27,30	30,08	0,50	0,52	0,58
Kleideranschaffung, Reparatur	56,45	61,90	61,21	1,09	1,19	1,18
Krzt. Apoth., Gesundheitspf.	5,57	5,77	6,27	0,11	0,11	0,12
Bildung und Unterhaltung	10,67	10,02	10,57	0,20	0,19	0,20

Die Ausgaben für Nahrungsmittel betragen danach im Jahre 1908: 206,29 M., im Jahre 1909: 207,98 M. und im Jahre 1910: 217,33 M.; sie liegen also um 11,10 M., oder pro Woche um 0,21 Mark. Die Ausgaben für Getränke und Tabak gingen von 24,41 Mark im Jahre 1908 auf 21,37 M. im Jahre 1910 zurück. Das ist in der dreijährigen Periode ein Rückgang um 3,04 M. Eine Ausnahme trat ferner ein bei den Kosten Heizung, Beleuchtung, Bildung und Unterhaltung. Die bei allen anderen Ausgabenposten eingetretene Zunahme tritt am stärksten hervor bei den Kosten Wohnungsmiete, Kleidung und Heizung. Eine Umrechnung der Nahrungsmittelausgaben ergibt, daß für Brot pro Kopf und Woche herausgab wurden im Jahre 1908: 0,85 M., im Jahre 1909: 0,88 M. und im Jahre 1910: 0,89 M. Wesentlich geringer war der Verbrauch von Fleisch. Er betrug im Jahre 1908: 0,88 M., 1909: 0,85 M. und 1910: 0,75 M. Als nächste größte Ausgabe folgt Wurst, dann Butter, Milch, Fett, Kartoffeln, Kaffee usw. Der tägliche Verbrauch an Nahrungsmitteln pro Kopf betrug für das Jahr 1908: 56,7 Pf., für das Jahr 1909: 57,1 Pf. und für das Jahr 1910: 58,9 Pf.

Das Fazit der Feststellungen ist, daß die Steigerung der Haushaltskosten nur durch angestrengtere Tätigkeit des Familienoberhauptes und der Familienangehörigen ausgeglichen werden konnte und daß eine Einschränkung der für die Erhaltung und Festigung der Gesundheit notwendigen Ausgaben eintreten mußte, also eine wirtschaftliche Besserung in den drei Jahren, über die sich die Untersuchung erstreckte, nicht eingetreten ist.

Aus der Partei.

Außerordentlicher Parteitag der S. P. S. in Preußen.

Wegen wichtiger Parteifragen in der polnischen Sozialdemokratischen Parteioffiziers-Preußen beramten der polnische Parteivorstand in Katowice am 18. August 1912 nach Jarzge O. Sch. Verbandslokal Gartenstraße, einen außerordentlichen Parteitag für die polnischen Genossen an.

Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die Stellungnahme zu unserem Parteijournal „Gazeta Robotnicza“; 2. Verschiedenes.

Das Kölner Volkshaus in Konturs.

Der Vorstand des Kölner Volkshauses hat beim Amtsgericht den Konturs angemeldet. Der Konturs war unvermeidlich, nachdem die Gewerkschaften nachgefragt hatten, daß sie zur Zahlung weiterer Zuschüsse in dem bisherigen hohen Umfang, geschweige in dem nunmehr gebotenen viel höheren Maße nicht mehr imstande seien. Der Vorstand hat die Wähler des Volkshauses durch einen als Autorität anerkannten Bäckereimeister, der eine große Anzahl von Kölner Kontursen, darunter solche von großen Hotels und Restaurationsbetrieben bearbeitet hat, prüfen lassen, und dieser Herr erklärte, der Wirtschaftsbetrieb des Volkshauses habe vorzüglich gearbeitet und nirgends habe er die Verwaltung so in Ordnung gefunden, wie im Volkshaus. Bedinglich die Überlastung mit Zinsen und der Mangel an Baumaterialien seien schuld an dem Konturs.

Das Volkshaus hat von Anfang an darunter gelitten, daß der Bauplatz um 60—70 000 M. zu teuer erworben wurde und auch bei dem Bau hätte man wohl 100 000 M. sparen können, wenn genügend eigene Mittel vorhanden gewesen wären. Die Kosten von Grundstück und Bau beliefen sich auf annähernd eine Million Mark. Die Gewerkschaften haben bisher 120 000 M. zugehoben, wovon 57 000 M. zur Amortisation und 54 000 M. für Inventar und Verbesserungen aufgewendet wurden. Weitere Zahlungen der Gewerkschaften würden nicht imstande sein, das zu teuer erworbene Unternehmen zu halten, und überdies leiden unter den bisherigen hohen Zuschüssen andere sehr wichtige Aufgaben der Gewerkschaften (Sekretariat, Bibliothek). Dem Volkshaus fehlen jährlich mindestens 25 000 M., die nicht zu beschaffen sind. In einer Generalversammlung gaben alle Diskussionsredner der Überzeugung Ausdruck, daß an den Schwierigkeiten des Volkshauses lediglich die Verhältnisse schuld seien, die die Kölner Arbeiterklasse vor einem halben Jahrzehnt gezwungen haben, ohne die genügenden finanziellen Unterlagen sich ein eigenes Heim zu schaffen, nachdem ihnen alle größeren Säle verweigert wurden. Schuld an den jetzigen Dingen sind diejenigen, die der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse Kölns aus parteipolitischen Motiven oder aus Furcht vor beherrschenden Machthabern ihre Verammlungssäle verweigerten. — Im übrigen ist Sorge getragen, daß die finanziellen Regulierungen bei dem Konturs nach den Grundätzen der Gerechtigkeit und der Loyalität erfolgen.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Chaux-de-Fonds.

Die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von Chaux-de-Fonds war so rückwärts, den bisherigen freisinnigen Stadipresidenten Rosmann wiederzuwählen, wofür sie aber keinerlei Anerkennung erntete. Der Herr Rosmann lehnte die Wiederwahl mit dem Hinweis auf die sozialdemokratische Mehrheit in den städtischen Behörden ab, was eigentlich ganz korrekt war, und die bürgerliche Presse lobt noch unsere Vorleisungen, die ja sehr Gelegenheit hätten, das soziale Glück zu verwirklichen. Es wurde nun als Nachfolger Rosmanns unser Genosse Professor Stauffer gewählt, der in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Mehrheit verhandelt wird, dem arbeitenden Volke von Chaux-de-Fonds so viel Glück zu bieten als eine sozialdemokratische Cafe in der Wüste der kapitalistischen Welt zu bieten vermag. Kann doch zum Wohle der Arbeiterklasse schon dadurch etwas geleistet werden, daß mancher unterlassen und anderes mit gleichen Mitteln besser gemacht wird.

Ein eigen Heim. Die in der modernen Arbeiterbewegung in Stolp in Kommern organisierten Arbeiter gründeten am Sonntag, den 28. Juli, eine Bau- und Erwerbsgenossenschaft mit beschränkter Haftung, zwecks Errichtung eines Volksheimes. Der Geschäftsanteil wurde auf 10 M. festgesetzt. In der Gründungsversammlung wurden sofort 2000 M. bar gezahlt.

Soziales.

Polizeiverordnung gegen Tarifverträge.

Im Ort Schreiberhau im Riesengebirge ist dieses Jahr die Bautätigkeit eine sehr rege. Etwa 20 Villenbauten

für Sommerfräher werden zurzeit errichtet. Aber die Arbeit stört die Sommerfräher. Einige der besonders gegen die Arbeit empfindlichen Sommergäste verlangten nicht mehr und nicht weniger vom Amtsvorsteher, als, daß die Arbeiten an den Bauten von 2 bis 4 Uhr nachmittags eingestellt werden müssen, damit die Herrschaften ihren nicht durch das Geräusch der Arbeit gestörten Mittagschlaf halten können. Als der Amtsvorsteher darauf nicht so ohne weiteres eingehen wollte, wurde mit einem allgemeinen Boykott der Sommergäste gedroht. Das hatte den gewünschten Erfolg. Es wurde eine Polizeiverordnung erlassen, in der eine neue Arbeitszeit für die Bauarbeiter bestimmt wurde, obgleich ein Tarifvertrag für das Baugewerbe besteht. Während die tariflich festgelegte Arbeitszeit bisher von morgens 6 bis abends 6 Uhr, mit Frühstück- und Vesperpausen und der Mittagspause von 12—1 Uhr vorschreibt, hat der Amtsvorsteher jetzt durch Polizeiverordnung die Arbeitszeit von morgens 7 bis abends 7 Uhr, mit der Mittagszeit von 2 bis 3 1/2 Uhr festgesetzt. Die Unternehmer kamen leider ohne Widerstand dem Wunsche des Amtsvorstehers entgegen, weil ihnen von anderer Seite recht deutlich gesagt wurde, daß im Falle der Weigerung neue Baukonzessionen nicht mehr erteilt werden würden. Den Arbeitern wurde Arbeitsmangel in Aussicht gestellt, wenn sie sich nicht fügen.

Die Polizeiverordnung entbehrt jeder Grundlage und wird ja im Verwaltungsstreitverfahren aufgehoben werden. Weder Arbeiter noch Unternehmer sind gebunden, sich an die Vorschriften der Polizeiverwaltung zu halten. Sie haben nicht nur das Recht, diese sonderbare Polizeiverordnung zu übertritten, sondern auch von dem Amtsvorsteher, der sie etwa hieran hindern sollte, vollen Schadenersatz zu verlangen. Die Polizeiverordnung fordert zum Vertragsbruch auf und mischt sich in die Regelung eines Vertragsverhältnisses, nicht zur Abwendung von Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter, sondern zur Unnehmlichkeit von Nichtarbeitern. Dem schlecht beratenden Amtsvorsteher scheint irgend ein Sommergast die Feinerzeit von uns mitgeteilte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zum Muster empfohlen zu haben, die das Untersagen von Teppichklopperen zu gewissen Zeiten an Wadorten für zulässig erklärt habe. Dem Amtsvorsteher hätte der Unterschied zwischen dem vom Oberverwaltungsgericht abgeurteilten Fall mit dem Gebote des Vertragsbruchs nicht entgehen sollen.

Von der Fürsorgeziehung.

Die zwangsweise Fürsorgeziehung Minderjähriger in Preußen nimmt immer größeren Umfang an. Die eben bekannt gewordene Statistik derselben auf das Jahr 1910 gibt an, daß in diesem 8738 Minderjährige, das sind 725 mehr als im Vorjahr, der Fürsorge überwiesen worden sind. Sie kommen aus 7502 Familien. Unter den Jünglingen befinden sich zwei Drittel männliche und ein Drittel weibliche. Nach Altersklassen verteilt kommen auf das Alter bis zu sechs Jahren 368, 6—12 Jahren 2287 und 12 bis 18 Jahren 6078. Jungen über 18 Jahre können der zwangsweisen Erziehung nicht mehr zugeführt werden. 3342 Jünglinge (40,6 Proz.) hatten entweder den Vater oder die Mutter oder beide Eltern verloren, darunter nach 10 Proz. dadurch, daß der eine Elternteil die Kinder im Stich ließ. Unter den Jünglingen befanden sich weiter 1281 unehelich Geborene, so daß circa 50 Proz. der Jünglinge eine geordnete Erziehung entbehrt hatten. Die Anzahl der Familien, in denen die Eltern gerichtlich bestraft worden waren, ist 3095 oder 41,3 Proz. Eine Uebersicht über das Vermögen der Eltern läßt deutlich erkennen, daß die Zahl der Familien, aus denen Kinder in Fürsorgeziehung genommen werden, um so größer wird, je geringer das Einkommen ist, welches sie beziehen. Was die Jünglinge selbst anbelangt, so hat die Zahl der schulpflichtigen Mädchen erheblich zugenommen. Von den Eingewiesenen hatten bereits 290 männliche und 32 weibliche im schulpflichtigen Alter Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten verbüßt. Das wäre schwer möglich, wenn Strafaussetzung stattgefunden hätte. Abgenommen hat die Zahl der zur „Verhütung von Verwahrlosungen“ Ueberwiesenen, zugenommen dagegen die Zahl der „zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens“ Untergeordneten. Von den männlichen Jünglingen waren über drei Viertel in der Industrie und im Handwerk tätig, von den weiblichen waren über die Hälfte mit der Verrichtung häuslicher Dienste beschäftigt. Bei 1031 der Eingewiesenen wurde geistige Minderwertigkeit festgestellt.

Die Entlassung aus der Fürsorgeziehung hat spätestens mit der Vollendung des 21. Lebensjahres stattgefunden. Im Jahre 1910 wurden rund 4000 Personen entlassen. Davon sollten 62,2 Proz. „gebessert“ gewesen sein. Bei 23,5 Proz. war der Erfolg zweifelhaft und 14,3 Proz. waren „ungebessert“. Der Bericht meint, daß diese Ergebnisse „recht befriedigend“ seien.

Die Zahlen beweisen im Gegenteil, daß die Fürsorgeziehung noch keiner Richtung hin das Ziel eines verlässlichen Fürsorge-systems zu erreichen imstande war, das doch dahin gehen sollte, die Mängel in der körperlichen, geistigen oder sittlichen Erziehung der ihr Anvertrauten zu beseitigen. Es ist grundsätzlich anzunehmen, daß die der Fürsorge Ueberwiesenen durchweg der „Besserung“ bedürften. Diese Zahl der Ueberwiesenen ist zu unrecht mitschuldig; oft wird durch die Fürsorgeziehung eine Verwahrlosung solcher erst herbeigeführt. Die Erfahrungen aus Kielcyn (Pastor Breithaupt), Wolomische Wilnis (Gollander) und aus anderen Brutstätten brutalster zum Verderb der Jünglinge wirkenden Fürsorgeanstalten haben das leider in überreichem Maße bewiesen. Wer die schwermütige, oberflächliche Einweisung zur Fürsorgeziehung von Kindern kennt, die nur das Unglück haben, in schlechten sozialen Verhältnissen zu leben, wird zugeben, daß bei mindestens der Hälfte der Fürsorgezöglinge von einem sittlichen Verderb und dergleichen nicht geredet werden kann. Was soll das heißen: „gebessert“? Sind die sozialen Verhältnisse gebessert oder nicht vielmehr Tausende durch Ausnutzung zu den schlecht bezahltesten ländlichen Arbeiten von dem Wege abgedrängt, sich durch eigene Kraft in ehrlicher Weise eine bessere Stellung zu erringen? Die pharisaisch ist die Behauptung, „gebessert“ sei ein Jüngling durch die Fürsorge! Was ist denn an ihm „gebessert“? Das Wort „gebessert“ in der Statistik zeigt, daß das preussische Fürsorgeheim die armen Kinder, als schuldhafteste Verbrecher betrachtet, die man gebessert habe, während ein verlässliches Fürsorgeheim die Mängel in der körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildung des Kindes beseitigen und es zur Aufnahme des schweren Kampfes ums tägliche Brot befähigen sollte. Daß nach dieser Richtung in der Fürsorgeziehung erhebliches geleistet sei, ergibt die auf Grund der Berichte der Fürsorgeleiter bearbeitete Statistik abermals nicht. „Gebessert“ — ist denn die soziale Lage, die Mängel für das Ausgehen der meisten Jünglinge gebessert? Dadurch, daß man durch Zwang zur eintägigen landwirtschaftlichen Beschäftigung die Möglichkeit des Erwerbs der Jünglinge verringert oder dadurch, daß man ihr Willensfreiheit, daß man die Selbstachtung und den Glauben an menschliche Gerechtigkeit den wehrlosen Kindern durch brutale Behandlung ausgepreußelt hat? Eine ehrliche, vorurteilslose Prüfung des heute herrschenden Erziehungssystems muß zu seiner Umbildung an Haupt und Gliedern führen. Eine Statistik mit guten Grundlagen könnte für eine gezielte Reform die Wege weisen. Die heutige Statistik entbehrt leider solcher Grundlagen.

Der Genossenschaftsgebäude im Handwerk.

Kürzlich fand in Rosbach der 18. badische Bädereverbandstag statt. Aus den dreitägigen Verhandlungen, den auch ein weid-

licher Bäder als gestiftete Meisterin anwohnte, verdient die Stellung der Bädereinnungen zum Genossenschaftswesen einer kurzen Erwähnung. Der Referent, Bäderemeister Wagner aus Pforzheim, legte seinem Referat eine Resolution zugrunde, worin dem geschäftsleitenden Vorstand des Bädereverbandes und allen Obermeistern die Auflage gemacht wird, in allen Innungen Einkaufsgenossenschaften zu errichten und die heute schon bestehenden recht bald zu Einkaufszentralen zusammenzufassen. Ein anderer Pforzheimer Bäderemeister veranschaulichte die befriedigenden Erfahrungen, welche man mit der vorteilhaften Einrichtung eines gemeinsamen Einkaufes in Pforzheim gemacht habe; es wurden allein die beiden Verbrauchsartikel Butter und Milch, deren Preis in den letzten Jahren so rapid gestiegen ist, durch den zentralen Einkauf zu so günstigen Bedingungen erworben, daß eine Ersparnis von etwa 7000 M. berechnet werden kann; beim gemeinsamen Mehl-einkauf mühe ein ganz besonderer Nutzen für die Bäder erzielt werden. Der Vertreter der badischen Regierung, die immer bei Handwerkerverbandsagen guten Rat erteilt und ihre Unterstützung zusichert, fand, daß das Bäderegewerbe sich ganz besonders zur Genossenschaftsbildung eigne. Er empfahl den Bädereameistern, sich an dem Genossenschaftskursus zu beteiligen, der in nächster Zeit stattfindet und zur Unterlage die Geschäftsführung einer Bädere-genossenschaft haben werde.

Die Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme. Daraus ergibt sich, daß die Kleinhandwerker, welche die genossenschaftlichen Bestrebungen und Institutionen der Arbeiterschaft, insbesondere die Einkaufszentralisierung der Konsumvereine bisher verhöhnten oder beschiedten, im Kampf ums Dasein etwas gelernt haben. Die deutsche Agrarpolitik mit ihrer enormen Verteuerung aller Produktionsmittel, deren Protektion auch die patriotische Mittelstandsbewegung im Reichstag gefordert mitmachte, zwingt endlich auch den gleichgültigsten Bäderemeister, sich mit sozialen und genossenschaftlichen Aufgaben zu befassen. Noch immer ist aber das Verhältnis in diesem für die Genossenschaftsbildung geeigneten Gewerbe nicht so weit gediehen, daß in den einzelnen Orten ein Zentralbüro zum gemeinsamen Baden hergestellt wird, ähnlich den kommunalen Schlachthöfen der Metzger. Auf diesem Gebiete werden die Arbeiterkonsumvereine den langsamem Innungsbädere für immer den Rang voraus haben.

Aus Industrie und Handel.

Fleischpreise.

Die amtlichen Preisberichte der Statist. Korrespondenz bringen neue Fleischpreissteigerungen für die erste Hälfte des Juli. Zwar sind Kalbfleisch und Hammelfleisch um einen bezw. zwei Pfennige pro Kilogramm, also um ein ganz geringes, zurückgegangen. Gegen das Vorjahr stehen die Preise für beide Fleischsorten aber noch um zehn bezw. fünf Pfennige höher. Infolge des hohen Preisstandes (1,06 M. und 1,50 M. pro Kilo) kommen Kalb- und Hammelfleisch für den Arbeiterkonsum überhaupt nicht in Frage. Die Fleischsorten, die der Verbraucher sich allenfalls noch in geringen Quantitäten und immer selteneren Fällen leisten kann, sind dagegen weiter im Preise gestiegen: Rindfleisch um 2 Pf., Schweinefleisch um 1 Pf. Gegen das Vorjahr betragen hier die Preissteigerungen 14 Pf. bezw. 17 Pf. Bei den Zahlen ist dabei zu beachten, daß es sich um Durchschnittsziffern für 50 preussische Orte handelt. In Berlin z. B. müssen mit Ausnahme für Schweinefleisch noch weit höhere Preise gezahlt werden.

Landwirtschaftliche Produktionsstatistik in England.

Von dem großartigen Werke der auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1906 durchgeführten englischen Produktionsstatistik ist jetzt der zweite Teil, die landwirtschaftliche Produktion betreffend, erschienen. Die gemachten Erhebungen erstrecken sich nur auf Betriebe von mehr als 1 Aker (0,4 Hektar) Größe. Kleinere Betriebe befaßten sich so gut wie gar nicht mit Getreidebau; doch wäre das Ergebnis an Gemüse, Obst, Blumen usw. bei ihrer Einbeziehung wohl nicht un-wesentlich vergrößert worden.

Das Erhebungsjahr umfaßte die 12 Monate, endend mit dem 4. Juni 1908. Der Gesamtwert der in diesem Jahre hergestellten landwirtschaftlichen Produkte betrug 150,8 Millionen Pfund Sterling; bei ihrer Erzeugung wurden 1 678 000 Personen beschäftigt. Die vor einiger Zeit veröffentlichte Statistik für die industrielle (private und von öffentlichen Körperschaften betriebene) Produktion im Jahre 1907 ergab einen Nettowert, nach Abziehung der verarbeiteten Rohmaterialien, von 712 Millionen Pfund Sterling, an deren Erzeugung 8 936 000 Arbeiter beschäftigt waren. Diese Zahlen zeigen, in wie hohem Maße England sich zum Industrieland entwickelt hat; die industrielle Produktion übertrifft die landwirtschaftliche um das 4-fache, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter eine etwa viermal so große ist. In der Industrie kommt auf die beschäftigte Person ein Produktionsbeitrag von rund 2000 M., in der Landwirtschaft von 1800 M.

Jeher Gesamtbeitrag verteilt sich auf die wichtigsten Produktarten wie folgt:

Farm-Produkte (Getreide, Gemüse, Heu und Stroh)	46 600 000 Pfund Sterling
Früchte, Blumen und Holz	5 200 000 „
Vieh und Fleisch	61 400 000 „
Wolle	2 800 000 „
Rollereiprodukte	30 000 000 „
Geflügel	5 000 000 „

Gerichts-Zeitung.

Margarine statt Butter.

Wegen Verkaufs verfälschter Butter stand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gestern der Kolonialwarenhändler Gustav Bernke und seine Ehefrau Veria.

Die beiden Angeklagten betrieben in der Jablonkiststraße 22 ein Kolonialwarengeschäft. Von Anfang September ab wurden in dem Geschäft der Angeklagten von der Nahrungsmittelpolizei insgesamt in neun Fällen geheime Butteranalysen erwiehrt. Die einzelnen Proben ergaben bei der Untersuchung durch den Chemiker Dr. Brause ein geradezu verblüffendes Resultat. Die einzelnen Butterproben waren durchweg durch Zusatz von Margarine verfälscht und zwar betrug dieser Zusatz 50 bis 90 Proz., im Durchschnitt 60 bis 70 Proz. Eine der geheim als Butter zum Preise von 1,30 M. pro Pfund angekauften Proben erwies sich sogar als reine Margarine, die jedoch in einem Einkaufspapier verkauft wurde, auf welchem der Vermerk stand: Garantie für reine Naturbutter. Als einige Tage darauf eine öffentliche Probenentnahme durch einen Polizeibeamten erfolgte und diese Probe untersucht wurde, ergab es sich, daß diese unverfälschte Butter war. Die weitere Untersuchung ergab, daß die Angeklagten für den Fall einer Kontrolle stets unverfälschte Butter bereithielten. — Der Untersuchungsbeamte beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten einen unehelichen Schwindel mit einem Nahrungsmittel getrieben hatten, je 500 M. Geldstrafe. Das Gericht ging jedoch noch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf je 2 Wochen Gefängnis und je 300 M. Geldstrafe.

Ein ungeheurer Steuererheber.

der insgesamt 14 763 M. Steuererheber bei der städtischen Steuer-kasse unterlag, hatte, mußte sich gestern vor der 10. Kassen-Strafammer des Landgerichts I verantworten. Aus der Untersuchungshistorie wurde der Steuererheber Karl Schmidt vorgeführt. Da sich in der Verhandlung herausstellte, daß der Angeklagte, um seine Unterschlagungen zu verdecken, die zur Kontrolle bestimmten Register gefälscht hatte, mußte sich die Strafammer für ungenügend erklären und die Verhandlung der Sache dem Schwurgericht überweisen.

Saison-Ausverkauf In den Tagen vom 27. Juli bis 4. August Saison-Ausverkauf

Ausverkauf v. Herren- u. Jünglings-Anzügen

zu nachstehenden billigen Preisen

- Herren-Anzüge braune und graue Phantasiestoffe, nach englischer Art 19⁵⁰
- Herren-Anzüge gestreifte und karierte Cheviots, hochmodern verarbeitet 25⁵⁰
- Herren-Anzüge Cheviots und Kammgarnarten, neueste Muster, sehr vornehm 34⁵⁰
- Herren-Anzüge Kammgarne und Cheviots, gute, solide Qualitäten 43⁵⁰
- Herren-Anzüge Marengo und buntfarbige Cheviots, Ersatz für Maß 48⁵⁰

Jünglings-Anzüge in Jackett- und Sport-Fassons, unerreicht große Auswahl, zu sehr billigen Preisen

Modelle — Muster — und nicht abgeholte Maß-Anzüge im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Burschen-Anzüge Cheviot u. Kammg., neueste Muster, von 9⁰⁰ an in Jackett- u. Sportfass.,

Ein Posten echt englischer Stoff-Gummimäntel für Herren, zu dem außergewöhnlich billigen Preise von 21⁰⁰

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke, der größten ihrer Art in Deutschland, wird unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet.

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



Jeglicher Nachdruck verboten.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Max Wünschmann

Reußstr. 122 am 28. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reußstr., Pantendorfer Weg, aus statt.

Herner nach unser Mitglied, der Revolverdreher

Rudolf Müller

Große Frankfurter Straße 116 am 28. d. Mts. am Herzschlag.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Herner nach unser Mitglied, der Schlosser

Franz Possehl

am 29. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Finkenbühl aus statt.

Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung wird erwartet.

Berichtigung.

Die Beerdigung des Kollegen

Johann Kocik

findet heute nachmittags 3/4 Uhr auf dem Sebalten-Kirchhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, nicht Pauls-Kirchhof, statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Julius Sähr

Reichstr. 111 am 25. d. Mts. an Wasserleucht gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! 121/18 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, 28. Juli, entschlief nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, der Metallarbeiter

Johann Kocik

Dies zeigt tiefbetäubt an Witwe Berta Kocik.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr vom Krausenhaus-Kirchhof aus nach Reinickendorf-West Humboldtstr. 71 statt.

Am Sonntag, 28. Juli, entschlief nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau und Mutter

Frida Sittel

geb. Margraf.

Dies zeigt tiefbetäubt an Otto Sittel nebst Kind.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 1. August, nachm. 5 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Stephanus-Gemeinde, Freiwalder Straße, statt. 25A

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Ortsverwaltung Berlin.

Franz Mittag

innerer Betriebsarbeiter (Brauerei Engelhardt, Charlottenburg), nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Neuer Fürstendamm Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß am 28. d. Mts. unser Kollege

Karl Grausalke

Brauer (zuletzt im Köhmischen Brauhaus), nach jahrelangen, schweren Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. 43/9 Die Ortsverwaltung

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter

Heinrich Klopsch

(Bauarbeiter), am 28. Juli verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. 141/4 Der Vorstand.

Haben Sie nicht?

ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, smooth, Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Friedrichstr. 4, (Südlich Ecke.)

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann

Rudolf Müller

im 47. Lebensjahre am Herzschlag verstorben ist.

Um stille Teilnahme bitte ich

Wwe. Anna Müller geb. Hoffmann.

Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 55/4

Am Montag, den 29. d. Mts., verschied nach schwerem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Expedient

Franz Possehl

im Alter von 46 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Das Personal der Buchdruckerei Alexander Schlicke & Co. (Hilfstr. Berlin.)

Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und bewilligten Spenden bei dem Hinscheiden unseres lieben, unermesslichen Sohnes, des Musikers

Rudolf Baschin

lagen mir allen, welche daran teilnahmen, unseren innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung

I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr gr. Answ. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. außerordentlich niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

NEUE HERBSTMODEN

Avis! Meiner werten Kundschaft zur allgemeinen Kenntnisnahme, dass ich in dieser Saison keinerlei schriftliche Einladungen oder Kataloge versende.

Die zum 6. August er. zum Teil für die Hälfte Eine größere Anzahl

hervorragend schöner Modelle welche nicht kopiert werden u. daher schnell vergriffen sind, in Plüschkonfektion, Pelzmänteln, Stolen, Kostümen.

Nur gediegene, wirklich gute Konfektion.

In Frühjahrs- u. Sommerkonfektion zu Räumungspreisen (teilweise 70% unter Preis)

Seidenmäntel, kurz u. lg., noch ca. 300 St., 12, 15, 18, 20, sonst b. 79
Ulster noch ca. 200 St., 8, 12, 15, 18, sonst b. 50
Kostüme noch ca. 500 St., 12, 15, 18, 20, sonst b. 60
Kleider noch ca. 200 St., 15, 20, 25, 30, sonst b. 80
Hüte, Blusen noch ca. 400 St., 4, 8, 14, 20, sonst b. 60

WESTMANN

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemstrasse)
Gr. Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstrasse)

Raucht Kressin Cigaretten

243 Pf.

Erfinder

In freien Stunden. Wochenlohn für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgaben des "Vorwärts" entgegen. Grobhefte gratis.

verlangt vor der Patentanmeldung gratis die Schrift: „Wie muß eine Erfindung für die Verwertung beschaffen sein?“ Ziv.-Ing. Jaeger, Dr. Breslau, Berlin SW. 61. 208/8*

Lewinsohn

Nur noch kurze Zeit

Schluß-Tage

des Saison-Ausverkaufs

solange Vorrat	solange Vorrat
Damenstiefel schwarz, Chevreauz	jetzt nur 445
Damenstiefel schwarz Chevreauz la	jetzt nur 550
Damenstiefel Lack mit Einsatz	jetzt nur 645
Halbschuh schwarz und braun	jetzt nur 475
Halbschuh Lack, sehr elegante Fassons	jetzt nur 595
Herrenstiefel mit und ohne Lackkappe	jetzt nur 650
Herrenstiefel mit u. ohne Lackkappe la	jetzt nur 375
Kinderstiefel schwarz 15-17	jetzt nur 295
Kinderstiefel schwarz 11-14	jetzt nur 375
Lederhausschuhe, Damen	jetzt nur 185
Lederhausschuhe, Herren	jetzt nur 105

Berlin Rosenthalerstr. 40/41

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerwerbungen:
Russische Gefängnisse.
Von Wera Figuer.
Preis 75 Pf.

Kaiser Finanzler Zentrum.
Von J. Weersfeld.
Preis 75 Pf.
Bereinsausgabe 30 Pf.

Das neue Reichs-Werks-zuwachstener-Gesetz
vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm.
Von Paul Göhr.
Preis 75 Pf. 247/4
Bereinsausgabe 25 Pf.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Reichstr. 28, part. Filiale Berlin, Arbeitsnachweis: Räderstr. 9
Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6708
Donnerstag, den 1. August, abds. 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelshfer 15:

Sektions-Versammlung der Lackierer.

Tagesordnung:
1. Religiöse Probleme in der Arbeiterbewegung. Referent: Schriftsteller
Genosse Emil Unger. 2. Diskussion: 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Kollegen zahlreich erscheinen.
Die Sektionsleitung.
12777

Stavistr. 39-32 Querstraße an der Müllerstraße 113
1- bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad,
mit Warmwasser-Versorgung,
elektr. Nachtbeleuchtung, Sonn- und Gartenhaus, in neuen trockenen
Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim
Verwalter Meyer.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Konjunktur.)
Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-
Apothek, Bernstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Speise-Eis

Bearbeiten Sie nur
Reichel's
Eis-Essenzen
— natürliches Fruchtroma
enthaltend — und Ihr Wohl
wird sich durch die vollendete
Qualität verdoppeln.
Wirklicher Fruchtgeschmack.
Alle zugehörigen Zusätze.
Und d. Drogerien zu beziehen o. be-
stellbar. — Erprobte Rezepte gratis.
Otto Reichel, Berlin SO. 43,
Eisenbahnstr. 4.

Ansichtskarten

vom
**Harz, Riesengebirge,
Sächsische Schweiz,
Berlin, Dresden usw.**
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Hermann Meyer & Co., Akt.-Ges., Wallstr. 11/12

empfehlen reine Fruchtsäfte mit feinsten Raffinade,
— ungefärbt und frei von Konservierungsmitteln.
I. Qualität
Himbeersaft
Kirschsaff
Johannisbeersaft
Erdbeersaft
Citronensaft
à Liter-
flasche
M. 1.30.
Unsere Flaschen
werden mit 10 Pfennig
berechnet und zurück-
genommen.
Käuflich
in allen Geschäften,
welche unsere Waren
führen.
II. Qualität
in Champagnerflaschen à **M. 0.85.**
Citronensaft, reiner Saft u. Zucker
à **M. 1.10** pro Kiloflasche.

Ohne jede Anzahlung

Pianos erstklassiges Fabrikat!
(9mal prämiert, Staatsmedaille)
in allen Holz- u. Stilarten, von
wunderbar. Tonfülle (Flügelton)
Gegr. 1830.
verkauft
ich
sowie
gegen kleine monatliche Teilzahlung
Für jedes Instrument gewähre ich 10jährige schriftliche Garantie
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Strasse 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **beim Alten Freund**.
Heerstraße

Mütter fürchten nicht so sehr wie einen Durchbruchfall, der das
Leben ihres Säuglings aufs härteste bedroht. Eine richtige Ernährung ist
das beste Vorbeugungsmittel, und zwar ist dort, wo Muttermilch nicht vor-
handen ist, „Kufeke“ mit Milch die Nahrung, die keine schädlichen Darm-
gärungen aufkommen läßt.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre,
S. und SW.: Hermann Berner, Engelshfer 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brünzstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Feuerstr. 120.
— Richard Dackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
5. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Lützowplatz 14/15.
6. Wahlkreis: West: Leo Zucht, Immanuelstr. 12 (Hof).
Wedding: F. Hahnisch, Rosenthalerstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm
Saumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Wallstr. 6, Laden.
Schönhanser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 27
Adlershof: Karl Schmarloze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Darré, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Dornig, Marienhalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schön-
brück: Heinrich Brose, Mühlentstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Ge-
nossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eisenheimerstraße 1
Friederich-Petershagen: E. Heibelarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lank-
witz: H. Bernice, Wittenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: V. Lichte, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käfer, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Bahnhofstr. 12.
Köpenick: Emil Wähler, Heegerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:
Otto Seidel, Bartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: F. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinand-
straße 17.
Mariendorf: August Zeit, Chausseestr. 296, Hof.
Nieder-Schöneeweide: Gehrl, Briegerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneeweide: Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: R. H. Mann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:
F. Gursch, Pravingstr. 56, Laden.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Rohr, Siegfried-
straße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 55.
Schöneberg: Wilhelm Saunier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und
Falkenhagen: R. Böppel, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienal,
Borsigwalde, Rämischstraße 10.
Teltow: Wilhelm Sönem, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. H. Hermann, Sebanstr. 105, partier.
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert,
Wilhelmsau 27.
Marienfelde: Emil Weiner, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Leh, Wolterstraße.
Eichwalde: Oskar Wahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Zehlendorf, Miersdorf: Ernst Häutig, Zehlendorf, Dorfstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

ELJEN
JOSETTI
5 Pfg.
Cigarette

Knorr
Die Hausfrauen sind froh,
dass sie bei der sommerlichen Hitze aus
Knorr - Suppen - Würfel
müheles und schnell die feinsten
Suppen herstellen können.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 31. Juli 1912.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Proter. D diese Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Kranke. Der Geograph, Gastein,
Salzburger Alpen.
Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kurfürsteneroper. Der Tanzantw.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Hofinen.
Schiner. Charlottenburg. Das
Konzert.
Thalia. Autolichsen.
Wierowski. Schwindelmeier u. Co.
Wolke. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8^{1/2} Uhr.
Gefäng. Vergnügungsbere.
Neues Schauspielhaus. Schwester
Schäfer. I. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich
m. d. N.
Neues Operetten. Parlettisch
Nr. 10.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Die feuchte Esulanne.
Hoie. Die Kameliendame.
Volles Caprice. Variations-
Ensemble.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Anfang 8^{1/2} Uhr.
Kleines. Der Uwerfchante. Der
Vrst seiner Ehre. Der Herr
mit der grünen Kravatte.
Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Dronne.
Sternwarte. Invalidentstr. 67-62.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bohr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10^{1/2} Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Kameliendame.
Anfang 8^{1/2} Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Apollo
Theater
Abends 8 Uhr.
Letzter Tag!
Sensationeller Lachertag!
Clown Alf. Daniels
mit seinen Bierschöpfen.
Darius Yana
Französische Duettisten
und 10 weitere gr. Attraktionen.
Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 741

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Herrnfeld
Theater
Sonnabend, den 3. August
Wieder-Eröffnung
(nach dreimonatlicher Pausen)
Allabendlicher Spielplan:
**Wie man
Männer bessert!**
Dazu: **Die Original-
Klabrias-Partie**
mit Anton u. Donat Herrnfeld.
Billetvorverkauf 11-2 (Theater-
kasse) sowie bei A. Werheim u.
Invalidendank.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark.
Heute Mittwoch:
Viertes Pracht-Kinder-Erntefest mit Erntefest-
Umsang, Erntefestspiel, Verlosung v. Geschenken,
Hauptgewinne: 2 goldene Uhren. Eintritt 15 Pf.
Morgen Donnerstag:
Pracht-Elitetag. Großes Doppelkonzert. „Kavallerie-
musik“ des kgl. bayer. 3. Chevauleger-Regiments
Dillingen a. d. Donau. Kgl. Musikstr. Gg. Heinlein.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in
3 Akten aus dem Englischen völlig
frei bearbeitet von H. Freund. Musik
von H. Kellon. U. a. Tänze v. B. Bishop.
In Szene gesetzt vom Dir. F. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Karten gelteitet.

Königsstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstr.
Som 16. Juli 8 Glanznummern
und „Die weiße Dame“
Schwank mit Gesang.

UNA PARK
30 Weltattraktionen 30
Kongo, Zwergstadt, Die alte
Mühle, Johnstons Unterhang
usw. Entree 50 Pf.
Saisonkarten 3 Mark.
Kinder und Zwergstadt bis
6 Uhr frei.

Reichshallen-Garten
„Alt-Berlin“ täglich.
Großes Konzert des
28 Mann starken
Honigmann-Orchest.
Anfang wochent 8 Uhr,
Sonntag 6 Uhr. Bei
schlechtem Wetter herrlich
renov. d. 4000 Plätze.
erleuchteten Saal.
Reichshallen-Theater:
16. Aug. Wiederbeg.
d. Solisten d. Stettiner Sänger.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsbüch m. Tanz
und Gesang in 5 Bildern.
Reize Beleuchtungseffekte usw. usw.
u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Hagenbeck's
Indien**
Tempelhofer Feld
Täglich geöffnet von 11 Uhr
vormittags bis 11 Uhr abends
150 Indier.
Maori Soloth's
Löwen u. Tigergruppe
Ohne Extra-Entree!

IKLA
Intern. Kongress Lebender
Abnormitäten.
Die größte
Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamtträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. **50 Pf.**
Kinder, Sold. 25 Pf.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Heute 2 große Vorstellungen 2.
Nachmittags und abends:
Das sensationelle Eisballett
„Yvonne“. Willi Frick, der
kleinste Eislaufkünstler.
Bis 6 Uhr und von 10^{1/2} Uhr
abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Partei-Angelegenheiten.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 4. August, findet in Birkenwerder im „Paradiesgarten“ unter diesjähriges Sommerfest statt. Die Parteigenossen und Genossinnen der Orte Waldmannslust, Hermsdorf und Glienicke treffen sich bei Blesin („Waldschänke“) am Bahnhof Stolpe und gehen von dort zu Fuß nach dem „Paradiesgarten“. Abfahrt von Waldmannslust 1.46, von Hermsdorf 2.50 Uhr. Abmarsch Punkt 2 1/2 Uhr.

Berliner Nachrichten.

So begruben wir den Freund.

An einem Hochsommerabend begruben wir ihn. Er war uns allen lieb gewesen, der keine stille Arbeitskamerad mit dem wildgewachsenen Vollbart und den unergründlichen hellleuchtenden Augen. Unerwartet rasch, auf der Mittagshöhe des Lebens stehend, hatte ihn der Tod dahingemäht. Nicht in der Gestalt des Jünglings, der mit gesenkter Fackel leise zu seinem auserlorenen Menschenkinde hintritt und mit sanftem Kuß es in die Sphäre des Vergehens entführt, nein, brutal, mit tödlichem Giech, als unerbittlicher Mörder, war er gekommen, um einem warm und lebensfreudig schlagenden Herzen Halt zu gebieten.

Run brütete die grelle Julisonne über der offenen Gruft. Weit dranhin, vor der Großstadt, liegt der Friedhof. Dort, wo die vielfältigen Mietbauten noch mit kleinen windstiefen Häufchen abwechselnd die Straßenflucht ausfüllen und zwischenbrein wogende Kornfelder und prächtige Gärten sich schmiegen; wo die Kartoffel auf langgestreckten Aedern reift und die Lupine in leuchtender Schönheit steht. — Da begruben wir den Freund.

Als wir anlangten, stand die Sonne schon groß und rot scharf über den fernem Dächern und auf den Gräbern lag der Abglanz ihres Feuers wie warmes flüssiges Gold. In langer Reihe zogen ernste Gestalten durch die Friedhofspforte. Ihre Schatten verzerrten sich ins Riesenhafte und führten auf dem heißen fahlen Sandboden groteske Bewegungen aus. Kränze, frisch und grün, von vielfarbigen Blumen durchwoben, hoben sich freundlich von dem tiefen Schwarz der Kleider ab, und breite Schärpen in sattem Rot flatterten im leichten Abendwind und verliehen dem ganzen Wilde eine wunderbar feine Note. Die Sänger waren auch schon zur Stelle, und der vertrauteste Gefährte des Toten bereitete sich abseits von der Schar auf den letzten Liebesdienst, auf einen aus tiefem Herzen quellenden Abschiedsgruß vor. — So begruben wir den Freund. — Nein, so wollten wir den Freund begraben.

Aber wir befanden uns auf einem christlichen Friedhof. An einer christlich-epangelischen Totenstätte, wo man in echt christlicher Liebe und Duldsamkeit anders Denkende selbst bis in die Gruft hinein mit schikanösen und engherzigen Maßnahmen verfolgt. Jahrhundertlang flammten zu tausenden die Scheiterhaufen auf und züngelten und loderten zusammen mit den Schmerzensschreien der brennenden Leher zur Ehre des Allbarmerzigen und liebenden, vergehlichen Vaters zum Himmel empor. Die Scheiterhaufen sind verglüht, die dunkle Geistesnacht ist gewichen und die Erde wimmelt von Kezern, Dogmenrästern und Gottesleugnern, aber der Haß der christlichen Kirche aller Schattierungen ist geblieben. Er offenbart sich so ziemlich bei jeder Gelegenheit, wo den geistlichen Behörden ein Einspruchsrecht zusteht.

Ich habe schon manchen braven Kämpfer auf dem letzten Wege begleitet, aber so oft wie auf dem Grund und Boden der Kirche den Verfassungssakt vornahmen, mußte ich die widerlichsten Szenen miterleben. Ich liebe bei einem Gegner den prächtigen Haß, die tiefwühlende Leidenschaft und die unentwegte Streibarkeit. Ich liebe es und ich kann es verstehen. Wo Kämpfe ausgefochten werden, fallen Giebe, und wo Holz gehauen wird, gibt es Späne. Nicht der Giech in offener Schlächt, nicht den Stoß eines ehrlichen Gegners, den ich mit breiter Brust und gewappnet aufnehme, ist mir ein Greuel. Was mir aber die Galle im Leibe umkehrt und den Ekel auf die Zunge treibt, das ist der heimtückische feige Kampf mit vergifteten Waffen, die nichtswürdige Taktik der Radelstiche und hinterwärts ausgeführten Püße. Doch auch selbst das würde ich noch übergehen, würde es beiseite schieben, wie man es mit einem häßlichen widerwärtigen Gegenstand macht. Ich würde es ignorieren in vornehmer Gefassenheit, wenn die frummen Leuten sich nicht die scheinheilige Maske über ihre habsenstellte, wupverzerrte Frage stülpten, und die niederträchtigsten, raffiniertesten Kampfesmittel gegen anders Denkende im christlichen Lichte erscheinen ließen.

Die Sonne sank tiefer und ihre Glut war rot wie frisches Herzblut. Wir hatten unsere Kränze, da wir noch warten mußten, auf die Treppe der Kapelle gelegt, die zu jener Stunde unbenutzt und verschlossen war. Der fanatische Schuhmacher von Jerusalem soll Jesus, als er von der Last des Kreuzes erdrückt, sich an des Meisters Haus gelehnt hatte, brutal davongestossen haben. Uns ersuchte der Friedhofsinspektor in christlich-schroffer Weise, die Kränze sofort von den Steinstufen zu entfernen. So nahmen wir sie auf und legten sie mit demselben Blick, den Jesus dem Schuster zugeworfen haben soll, abseits an eine andere Stelle. Nach einer Weile trugen vier von uns den toten Kämpfer nach der frisch aufgeworfenen Gruft. Die Kirche hatte dekretiert, daß keine Rede gehalten, sondern nur ein Nachruf gewidmet werden dürfe, der frei sein müsse von politischer, soll heißen sozialdemokratischer Tendenz. Sie hätte es sich ersparen können, dies bekannt zu geben, denn wir waren es nicht gesinnt, die Totenstätte zum Tummelplatz politischer Agitation zu gestalten. Aber auch der Sängermund mußte schweigen, so wollte die christlichste aller Kirchen es. — Kein Lied, kein schlächter Gesang durfte die Feier vervollständigen, ohne Sang und ohne Klang sank der Sarg in die Grube. Oben aber stand der Friedhofsinspektor und kommandierte: „Gut ab zum Gebet!“, dann senkte er das Gesicht und faltete die Hände. Die letzten Strahlen der Sonne beleuchteten seine Züge, die mich jetzt nur noch um so widerlicher und abstoßender annuteten. Ich habe es einmal erlebt, daß bei einem neuamtierenden Friedhofsinspektor der alte Militär durchging und er sagt: „Gut ab!“, „Gut ab zum Gebet!“ kommandierte. Als ich nun wieder zu diesem Vertreter der Kirche aufblickte, mußte ich unwillkürlich an den Nazarener denken, und ein bitteres Gefühl, ein dumpfer Born stieg in mir auf — ich haßte diese Kreatur in diesem Augenblick, ich haßte sie glühend und mit ihr die Richtung und die Körperschaft, die sie vertrat. Ich hätte mich wohl noch mehr in meine Wut hineinberohrt,

wenn mich nicht die knarrende Kasernenhoffstimme des Betenden aufgeschreckt hätte, die kurz und pietätlos den schmerzgebeugten Hinterbliebenen die Worte zurief: „Das Grab hat die Nummer 84!“ Dann plumpsten die Schollen, und dumpf und höhl kam der Schall zurück. Wir aber, die wir unseren Freund zur letzten Ruhe geleitet hatten, sahen uns schweigend und verständnisinnig in die Augen — wir hatten alle dieselbe Empfindung, denselben Voratz: Den Kampf weiter zu führen mit aller Macht, daß diesem Christentum ein Ende bereitet werde und an seine Stelle wahres Christentum, wahre Gesittung und Kultur trete.

So begruben wir den Freund!

Die Dampferstege in Berlin und Umgegend sind, wie man uns mit Bezug auf das Unglück im Ostseebade Vinz schreibt, auch nicht gerade die sichersten. Auf Rügen ist nach dem Urteil genauer Kenner der Verhältnisse das Zusammenbrechen der Landungsbrücke hauptsächlich dem Umstände zuzuschreiben, daß diese Brücke geschäftlich zu sehr ausgeschlachtet wird. Auf ihr befinden sich große Aufbauten für Restaurations- und andere Geschäftszwecke, wodurch die Brücke übermäßig belastet wird. Erfahrene Vinzer haben ein solches Unglück längst vorausgesehen und vergebens ihre warnende Stimme erhoben. Für Berliner Verhältnisse kennt man ja nun die geschäftliche Nebenverwendung der Landungsbrücken nicht. Ein Unglück ist aber trotzdem nicht ausgeschlossen wegen des kolossalen Andranges, den die Landungsbrücken bei der Rückfahrt der Dampfer auszuhalten haben. Die Menge staut sich hier schon lange vor der Abfahrtszeit, weil jeder einen möglichst guten Sitzplatz auf dem Dampfer erobern will. Man kann es an jedem Sommer Sonntag beobachten, wie die Menschen hier in drangvoll fürchterlicher Enge, Kopf an Kopf, Leib an Leib stehen. Männer fluchen, Frauen und Kinder schreien, Kleider und Hüte werden ruiniert. Man würde sich schlagen, wenn Platz dazu da wäre. Wie leicht kann da die Brücke dem Gewicht der drängenden, schließenden Menschenmenge nachgeben! Und noch leichter ist es möglich, daß ein der Seitengeländer nicht standhält und eine Panik ausbricht. Das Vorbeugungsmittel ist sehr einfach. Es darf bei starkem Besuch niemand voreilig auf die Brücke gelassen werden. Die Fahrgäste müssen am Lande warten und dürfen nur abteilungsweise die Brücke betreten. Diese Vorsicht wird an manchen, aber nicht an allen Dampferfesten geübt. Damit die Brücke nicht unbehugt betreten werden kann, ist ihre Absperrung zwischen Land und Wasser durch ein mindestens zwei Meter hohes festes Gitter erforderlich. Es ist vorgekommen, daß ein zu leichtes und niedriges Gitter von der ungeduldigen Menge einfach gesprengt wurde.

Die Grundeigentumsdeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem den Wasserweg in Treptow mit Gasbeleuchtung zu versehen, in der Voraussetzung, daß die Adjacenten einen Beitrag hierzu leisten. Ferner beschloß die Deputation die Pflasterung der Köpenicker Landstraße zwischen Baumhauensstraße und Platz X unter geheimer Bedingungen. Das Grundstück Neue Krugallee 60 in Treptow soll den Gemeindebehörden zum Ankauf für den Preis von 140 000 M. empfohlen werden. Ferner sollte die Deputation Beschluß wegen Weiterverpachtung des zweiten und dritten Eierhäuschens in Treptow. Die Anwohner des Eierzierplatzes an der Schönhauser Allee haben über einige Mängel auf diesem Plage Beschwerde geführt. Die Grundeigentumsdeputation beschloß infolgedessen eine Bewachung des Eierzierplatzes einzutreten zu lassen.

Dampfer-Exkursionsfahrten werden jetzt von den verschiedensten Dampfergesellschaften veranstaltet. Leber die von der Sternegesellschaft veranstalteten „Villigen Konzertfahrten“ nach „Neue Mühle“ wurden von dieser Tage Beschwerden übermittelte, die dahin gingen, daß Personen, die an der Kasse Villetts für 70 Pf. zur Hin- und Rückfahrt nach „Neue Mühle“ verlangten, erklärt worden ist, der fahrplanmäßige Dampfer sei besetzt, es würden nur noch Karten für einfache Fahrt zum Preise von 50 Pf. verkauft. Zu ihrer unangenehmen Ueberrolkung hätten die Passagiere abends die Erfahrung machen müssen, daß eine Rückbeförderung nicht erfolgte. Die mit den Sternedampfern nach „Neue Mühle“ beförderten Personen wären froh gewesen, abends mit einem Dampfer der Firma Rahnt u. Herper für 40 Pf. zurückfahren zu können.

Wie wir hierzu von der Direktion der Sternegesellschaft erfahren, ist es richtig, daß der angeforderte Extradampfer völlig besetzt war und daß ein besonderer Dampfer bereit gestellt wurde, um das übrige Publikum zu befördern. Es sei aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß nur einfache Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt nach „Neue Mühle“ zur Verfügung stellen können, weil sie für den Nachmittag und den Abend anderweitig über ihren Schiffsbestand verfügt hätte und deshalb hätte sie auch keine Garantie für Rückfahrt übernommen.

Im Tiergarten erschossen hat sich in der vergangenen Nacht ein noch unbelannter junger Mann, der den Eindruck eines Ausländers, vielleicht Italiener oder Rumänen, macht. Ein Straßenreiniger fand ihn gestern früh kurz nach 6 Uhr am Großen Weg, in der Nähe des Neuen Sees, tot daliegen. Er hatte sich eine Revolverkugel in die linke Brust geschossen. Seine Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Tote, der seiner äußeren Erscheinung nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint, ist ungefähr 25 Jahre alt und etwa 1,60—1,65 Meter groß. Er hat braunes Haar, einen Anflug von Schnurrbart und trug einen braun-gestreiften Jodentanzug, einen Stehmutzgefzogen mit loser Krawatte, einen hellbraunen, weichen Filzhut, ein Sporthemd mit blauegestreiftem Einfaß, eine schwarzgeblümte Gürtelweste, schwarze Schnürschuhe und einen braunen Spazierstock. Am rechten Unterarm hat er eine Tätowierung, die ein Herz, ein Kreuz und einen Anker mit zwei darüber gefrenzten Zweigen und den Buchstaben M. R. 1901 (oder 1904) darstellt. Am linken Unterarm sowie an beiden Händen hat er veraltete Narben. Sein Gebiß ist vollständig, nur ein Schneidezahn fehlt, den er sich erst kürzlich ausgezogen haben muß. — Ein Berliner scheint ein jugendlicher Selbstmörder zu sein, der sich in Angermünde erschloß. Der Tote, dessen Verlöblichkeit sich nicht feststellen ließ, ist erst 19—20 Jahre alt und etwa 1,66 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, vollständige Zähne, ein rundes Gesicht von gesunder Farbe und am rechten Daumen quer über dem Knöchel eine Narbe. Bekleidet war er mit einem blauen Jodett und Weste, grauschwarz gestreiften Beinleidern, einem weichen Hemd, grauen Strümpfen und einem schwarzen, steifen Hut.

Von einer Kraftdrofsche überfahren und getötet wurde gestern vormittag um 9 1/2 Uhr an der Oranienbrücke eine noch unbelannte, 35—36 Jahre alte Frau, die ihrem Neuen nach dem Mittelstande angehörte. Die Frau wollte, von der Dreddener Straße kommend, an der Oranienbrücke den Johndamm des Luisenfers überqueren, als in langsamer Fahrt eine Kraftdrofsche ankam, um zum Halteplatz an der Oranienbrücke zu fahren. Der Führer gab wiederholt Warnungssignale und Leute, die die Frau in Gefahr sahen, riefen diese an. Die Frau, die schwerhörig gewesen zu sein scheint oder so tief in Gedanken versunken war, hörte dies alles nicht. Ehe der Kraftwagenlenker horten konnte, waren ihr die Räder der Drofsche über Brust und Kopf gegangen. Der Chauffeur hob die Schwereverletzte in seinen Wagen und fuhr mit ihr nach dem Urban-Krankenhaus. Als er dort mit ihr ankam, war sie schon tot.

Abgestürzter Berliner. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Retan melden, stürzte der 19 jährige Tischlergehilfe

Weber aus Berlin in der Bezelgruppe tödlich ab. Seine Leiche ist geborgen worden.

Feuer auf einem Sternedampfer. Große Aufregung bemächtigte sich der Passagiere, die gestern vormittag mit dem Dampfer „Kaiserin Augusta Viktoria“ der Dampfschiffahrtsgesellschaft Stern nach Grana u. führen. Auf der Fahrt zwischen Adenid und Stinau züngelten plötzlich Flammen an der Backbordseite des Schiffes empor. Im Schlafraum lockte die Frau des Steuermanns das Mittagessen auf einem Spirituskocher, dieser fiel um, explodierte und im Nu stand der ganze Raum in Flammen. Die Frau kam mit geringen Brandwunden davon und ihr bewußtlos aufgefundenen Kind konnte bald wieder ins Leben zurückgerufen werden. Unter den 70 bis 80 Passagieren entstand natürlich eine lebhaft Unruhe. Eine Frau wurde von Krämpfen befallen und eine andere wurde ohnmächtig. Den Bedienungsmannschaften gelang es jedoch, das Feuer, das keinen nennenswerten Umfang annahm, zu löschen, ehe der Dampfer anlegte.

Zeugen gesucht. Personen, die am Montag, den 29. Juli, abends 1/2 6 Uhr, auf dem Bahnhof Rummelsburg den Vorfall mit dem Bahnbeamten beobachtet haben, wollen sich melden bei G. Weber, Berlin, Schulstr. 34.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (San Berlin). Beim Sängerkfest am Sonntag, den 28. Juli, in Weihensee sind als verloren gemeldet: Ein Damenschirm, grün mit brauner Krüde. Eine Samtstafel. Eine schwarze Tasche. Ein silbernes Kettenarmband mit Angel. Ein schwarzer Herrenhut mit weißem Futter. Gefunden wurden: Ein paar weiße Damenhandschuhe, eine Hutnadel, zwei schwarze Samtgürtel, eine Brille. Die angeführten Gegenstände sind abzugeben respektive abzuholen bei Julius Steffens, Berlin NO. 18, Langenbestraße 6, Dnergebäude 1 Treppe.

Verloren. Am Sonnabend, den 27. Juli, abends zwischen 8 und 8 1/2 Uhr, sind auf dem Wege von der Schönwalder Straße bis Kettelbeckplatz neun Billets zum Sommerfest des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands verloren gegangen. Abzugeben bei A. Jähme, Berlin N 89, Panstr. 6 II.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde die Feuerwehr nach der Landeshuter Str. 24 alarmiert. Dort stand um 3 Uhr der Dachstuhl des Vorderhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Die Wehr mußte sofort über eine mechanische Leiter und die Treppen gehen und mit drei Schlauchleitungen bis um 8 Uhr Wasser geben. Trotzdem konnte sie aber nicht verhindern, daß der Dachstuhl mit wertvollem Hausrat der herrschaftlichen Mieter ein Raub der Flammen wurde. Nach Ansicht der Hausbewohner liegt Brandstiftung vor. Die Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen schon einen so ausgebreiteten Brandherd vor, daß eine Feststellung der Ursache kaum noch möglich ist. Von den Mietern sind die meisten abwesend. Die Mannschaften hatten unter der Hitze und unter der Entzündung des Qualmes entsehrlich zu leiden.

Charlottenburg.

Schwerer Baunfall. In der Replerstraße wird gegenwärtig ein Neubau errichtet, auf dem auch der 29jährige Arbeiter Albert Hedert aus der Sophie-Charlotte-Straße 45 beschäftigt war. Als H., der in der Höhe des zweiten Stockwerkes arbeitete, ein Laufrett über schritt, trat er fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe, wo er blutüberströmt und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte, der eine laufende Stimmwunde und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der Unfallstation gebracht, wo er Notverbände erhielt und dann nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte.

Wilmerdorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Montag eine Versammlung ab, in der die Stellung zum Parteitag in Chemnitz und die auf der Generalversammlung vom 24. Juni nicht erledigten Angelegenheiten auf der Tagesordnung standen. In seinen Ausführungen über den Parteitag behandelte der Referent, Reichstagsabgeordneter Stücken, wesentlich die von der Partei dem imperialistischen Beträgen gegenüber zu beobachtende Haltung, sowie die Frage der Reorganisation des Parteivorstandes. Der Redner erklärte die Gründe, die den proletarischen Parteien aller Länder ihre Begrenzung zum Imperialismus gebieten. In der Organisationsfrage verwarf er den Vorschlag der Bildung eines Parteiaususses und vertrat die Ansicht, daß zu einem politischen Veirat vielleicht Angehörige der Reichstagsfraktion herangezogen werden könnten. Ob die Beschränkung in der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag zu einem befriedigenden Resultat führen werde, erscheine mindestens zweifelhaft. In der Diskussion wandte Dr. Dreißel sich gegen die Anschauungen, die von Lenik und Adel zum Problem des Imperialismus vertreten worden sind, während Gardner wünschte, daß die Partei gegen den Militarismus eine entschiedenere Haltung einnehme. In seinem Schlußwort führte Stücken zum wesentlichen die Gründe an, die für eine die heutigen Verhältnisse bedächtigende Stellung zum Militarismus in der Sozialdemokratie maßgebend sein müssen.

Die Versammlung stimmte einem Vorschlage des Vorstandes zu, wonach der Kreisgeneralversammlung empfohlen werden soll, bei der Entsendung der Delegierten zum Parteitage in diesem Jahre Wilmerdorf zu berücksichtigen. Als Delegierter soll Oskar Riedel vorgeschlagen werden.

Hierauf setzte die Versammlung die Erörterung über den Vorstandsbereich fort und wählte Oskar Riedel, Scheibel, Exner und Nege zu Mitgliedern des Bezirksaususses. Die Entgegennahme des Verichts der Stadtordneten wurde vertagt. Das Andenken an die verstorbenen Mitglieder Fiedler und Kohl ehrte die Versammlung in der herkömmlichen Weise.

Mariendorf.

Der nächste Ferienausflug findet Donnerstag, den 1. August statt. Treffpunkt 1 Uhr auf dem Gemeindeplatz, Ringstraße. Mundvorrat ist mitzubringen. Kein Fahrgeld. — Die Spieltage auf dem Spielplatz finden Dienstag von 6—8 und Sonntag von 9—12 Uhr, unter Leitung der „Freien Turnerschaft“ statt.

Britz-Buttow.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich mit der Errichtung einer höheren Schule für den hiesigen Ort, unter Einrichtung einer Vorklasse. Hierzu lag eine Resolution des Britzer Lehrvereins vor, die sich gegen die Schaffung einer Vorklasse wendet. Eine Vorrede ist eine Ständeschule und deshalb zu belämpfen. Genosse Brenzlau legte dar, daß für den hiesigen Ort ein Bedürfnis für eine höhere Schule zurzeit nicht bestehe, daß aber unter allen Umständen eine Vorklasse nicht errichtet werden dürfe. Dem wurde von bürgerlicher Seite entschieden widersprochen, wobei einer der Herren es fertig brachte, bei dieser Schuldebatte von Partei, Gewerkschaften und Streikgebern zu reden.

Die Herren haben gar keine Ahnung davon, daß alle einsichtigen Pädagogen Gegner der Vorklassen sind und die Befestigung des Volkswesens sogar eine alte liberale Forderung ist. Das sieht aber die bürgerlichen Vertreter nicht weiter an, sie befehlen die Errichtung der Vorklasse zum 1. April 1913, die einer Seite für Knaben, aber von der Errichtung einer Quinta, zu der bisher nur 6 Anmeldungen vorliegen, Abstand zu nehmen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Errichtung eines ...

Es wurde noch beschlossen, daß im neuen Teil des Gemeinde...

Agitationversammlung. Da die Herren Saalbesitzer in Rudow...

Pankow.

Der Bildungsausschuß hat bekanntlich einen Kursus in englischer...

Der Unterricht findet jeden Donnerstag von 1/9-1/11 Uhr...

Johannisthal.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde auf Vorschlag der...

Nieder-Schönhausen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am gestrigen Nachmittage...

Karlberge-Nädersdorf.

Beim Baden ertranken gestern abend das 15 Jahre alte...

Nehfelde.

Ein Scheuneneinsturz hat sich am hiesigen Orte zugetragen...

Zur Katastrophe in Binz.

Am Montag nachmittag waren in Binz Regierungs-

Die die Vadeverwaltung nun mitteilt, soll die Gerichts-

Dies angebliche Ergebnis der Untersuchung muß un-

Die Badegäste selbst sind denn auch ganz anderer Meinung.

Am Montagabend nämlich fand eine Versammlung der...

Die Zahl der Opfer soll nach den nunmehr abgeschlossenen Feststellungen auf...

Aus aller Welt.

Abermals neun Personen ertrunken!

Ein ungewöhnlich schwere Bootkatastrophe wird vom Dienstag...

Heute nachmittag kenterte infolge eines Gewitterböes auf...

Der Einfeldsee, der Schauplatz dieser Katastrophe, liegt...

Die Todesfahrt um den Schnelligkeitspreis.

Die von der englischen Regierung eingesetzte Kommission...

trug. Durch diesen Spruch wird die White Star Line und...

In seinem Urteil über die Katastrophe der Titanic sagt...

Polizeikommissar Becker verhaftet!

Die New Yorker Anklagejurk hat gestern abend gegen...

Der trauernde Gatte!

München, 29. Juli. Aus einem bayerischen Provinzorte...

Hochverehrtester Herr! Mit heftig Betrübnis im Herzen...

wird und zwar um das Doppelte, also 8000 M. Mein Schmerz ist...

Hoffentlich hat der Gemütskranke nicht zu lange auf seinen...

Kleine Notizen.

Bier Vergleute verunglückt. Auf Zeche Ludwig bei Re-

Tödtlicher Absturz eines Augsburger Touristen. Der Tourist...

Todesprung vom Eiffelturm. Aus Paris wird vom Dienstag...

Neue Eisberggefahr. Aus St. Johns (Neufundland) wird...

Leise- und Döbnerklub „Lüder“. Heute Mittwoch, abends...

Leise- und Döbnerklub „Baumschulenweg“. Heute Mittwoch...

Briefkasten der Redaktion.

Die jährliche Sprechstunde findet am 29. Juli 1912, von 10 bis...

E. 22. Die Handwerkerkammer ist dazu berechtigt, wenn Sie...

W. 3. 1000. Der Ausgang des Prozesses ist sehr zweifelhaft...

Marktbericht von Berlin am 29. Juli 1912, nach Ermittlung...

Witterungsübersicht vom 30. Juli 1912.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, Regen.

Wetterprognose für Mittwoch, den 31. Juli 1912. Ein wenig...

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 29. 7., seit 29. 7., Wasserstand, am 29. 7., seit 29. 7.

*) + bedeutet Hoch, - Fall, *) Unterpegel.



Abzählungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus

Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Hanz Meissner, Bismarckstr. 10.

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk

Berlin O. Hallesche Str. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk

Hamburger Laden, Charl. W. 49

J. Kastner

Roter Laden, Schönha. Kapstr. 103

Bäckerei, Konditor

Blottner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmsdorf.

Adlershofer Bäckerei, E. Jägerstr. 36

Max Backer, Thierstr. 36

Emil Beyer, Rammerstr. 6

Bohandorf's Bäck., Koenigsplatz 39

Brot-Fabrik, "Vorwärts"

Hermann Ulrich, Köpenick.

Brotfabrik "Niederbarnimstr. 25"

Brotfabrik R. Zimmer, Bismarckstr. 10

Buehl & Sohn, Spandau

Willy Dolor, Prenzlauer Allee 42

Paul Dolly, Markstr. 15

Herrn Carl, Köpenick, Bernauerstr. 231

Herrn Eder, Schönha. Kapstr. 1

E. Freyer, Bernauerstr. 72, E. Karkas

Engel's Landbrot

Königsplatz 39

Verkaufsstelle: Köpenick, Bernauerstr. 2

Lidewitzstr. 53, Schillingstr. 44, Schweinertstr. 43, Pankow, Flärsch. 39

Wih. Engel, Weissenhof, Parkstr. 4

Verkauf in Milchgeschäften

Berlin, Bekant. pag. 4, F. Karkas

Fischer, Götterstr. 35

Falkenstr. 20, Eisenstr. 172

W. Gerlach, Schillingstr. 20

Georg Geiz, Meinerstr. 20

Alfred Graf, Bernauerstr. 54

Karl Giesmann, Wittstockstr. 7

H. Glöck, Wilhelmshavenstr. 51

N. Hesse, Prenzlauer Allee 102

August Heßner, Schwedterstr. 52

August Hauck, Köpenick

Oskar Hanke's Bäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf

Gegründet 1892

Reichs-Großbäckerei, Rüdigerstr. 30

Carl Landau, Weberstr. 20

Landorf-Bäck., Schillingstr. 20

O. Senf, Ncht. Erg. Waldstr. 4

Hermann Lebel, Hunsionstr. 35

Alfred Lier, Wieletr. 36

Lichtenberger Brotfabrik, Weeserstr. 24

Emil Lieske, Gröner Weg 122

Matth. Giesstr. 9

E. Mertins, Neichenbergerstr. 108

E. Martin, Götterstr. 69

Gustav Mühlstein, Rindowstr. 2

Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21

Friedrich Ost, Gladstr. 10

Herrn. Frensch, Nommendamm

Friedrich Probat, Andrastr. 31

Bäckerei "Nordstern"

Inh.: Gust. Müller

Filialen in verschied. Stadtteilen

Albert Pienzig, Grönerstr. 10

Richard Reinke, Seglitz, Alsenstr. 5

Paul Rittmann, Turinerstr. 34

Max Sander, Dunkelstr. 23

© Otto Szillat, Schwedterstr. 45

(Skt. Backware)

Schütt, G. Filialen in Berlin O. NO

Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 6

Sikorski, W. Eisenstr. 10

Staeber's Bäckerei, S. Triftstr. 65

Paul Stenzel, Baumenschulweg

Rich. Schenk, Markusstr. 38

A. Schreier, Urbanstr. 61

H. Spillmann, Gröner Weg 115

Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 61

Thoma's bow, Bäckerei Ackerstr. 111, Gerichtstr. 84

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ost-Bad, Pallasenstr. 76

Bad Pankow, Wollankstr. 26

Passage-Bad, Kottbuser Damm 79

Reform-Bad, Wiener Str. 63

Kuranstalt M. Schulz, Eichenstr. 71

langjähr. I. Assistent d. ehemals weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt Pflanzenheilverfahren

Atteste von Gelehrten.

Römer-Bad, Boxhagen-Kumbg., Sonntagstr. 4

Silesia-Bad, Kottbuser Damm 79

Victoria-Bad, Kottbuser Damm 79

Friedrich-Wilhelm-Bad, Chausseestr. 57

Bandagen, Gummilw.

R. Hauke, Stralauer Str. 54

Berkholz, Köpenickerstr. 70

Lange, A. E., Brunnenstr. 147

Lippe, Schöneberg, Grunewaldstr. 169

Meyer, P. M., Berlinerstr. 49-50

M. M., Hofstr. 11

J. Ch. Polmann, Lankenerstr. 64

Wende, A., Seydelstr. 15

Reiche, A., Seydelstr. 15

Fritz Reibe, Schillingstr. 15

Fr. Schalte, Adlershof, Bismarckstr. 18

Zaremba, Weinbergweg 1

Boerdig, Drng., byz. Artikel

Bredow'scher Waldort, 16 W. Schillingstr. 25

A. Butti, Zornsdorfer Str. 23

Otto Büttner, Köpenick, Bismarckstr. 11

M. Fischer, Köpenick, Bismarckstr. 11

Max Fuchs, Köpenick, Bismarckstr. 11

Hickel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37

Moldt, Fritz, Köpenick, Reuterplatz

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a

H. Petermann, Strellitzerstr. 8

Peter-Schley, Wilm. 11

W. Urban, Nansenstr. 116, Sek. 288

Berufsbekleidung

M. Bertzmann, Norden, Maxstr. 17

Kelner, Otto, Gerichtstr. 66

Wecker, A., Mühlendamm 3

Bottfodra, u. Betten

O. Behrens, West. Köpenickstr. 104

A. Hampel, N. B., Bernauerstr. 44-45

Carl Heine, Andrastr. 55, Reisinger

Max Schöne, Landsberger Allee 140

M. Zygaraki, Alt. Moabit 82

Bierbrauerei, Glarh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Akt.-Brewer, Potsdam, Eig. Biedel

Berlin SW, Tempelhofer Ufer, 15

Brandenburg, I. Wilhelmstr. 110

Spez. Potd. Stangenbier

Brauerei Weidensee

1. Lager, 1.3. Lager, u. Malz

Brauerei Königsstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfeiferberg

Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli, Weiß-u. Malz

Bier-Brauerei, Fruchstr. 27

Caramel-Weißbier

fast alkoholfrei, erfrischend, leicht und

Berliner Weißbier-Brauerei E. Willner

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Berlin-Pilscheldorf

Groterjans

Matth. Schatz, Allee 130, T. III, 5043

C. Habels Brauerei

heli - Habelstr. - dankel

F. W. Hisebein A.-G.

Lagerbier und Malz

Hempel, E., Müllerstr. 126 d

Kahlfenberg, A., Liebenwalder 45

Unser Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Union-Brauerei, Berlin S.

Liebenwalder Weidensee

Münchener Brauhaus Berlin

A. Landre Weissbier

Stralauerstr. 36/37 Tel. 4044-7565

Löwen-Brauerei

Aktionsgesellschaft

Abt. I. Hohenschönhausen, II. N. 26, Hochstr. 21-24

Bezugsquellen-Verzeichnis.

G. Laurent, Brunnenstr. 16

Gustav Mal, Schönhaus, Allee 177

H. Penski, Schwandstr. 13, Eck-Badr.

W. Retschke, Köpenick, Hermannstr. 62

Th. Schreiber, N. Steinfelderstr. 8

C. Sommer, Wrasch 44, km 11 12053

Topfplanzen aller Art

Brüh, Rudowstr. 92, Sek. 134

Aug. Wrothe, Wrangstr. 11

Aug. Traudt, Köpenick, Bergstr. 96

H. Zinke, Schwandstr. 13, Eichenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann

20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck, Dresdenstr. 97, Bismarckstr. 11

Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vororte, Vorangpreise.

Buntrock, W., Köpenick, Bodinstr. 3

Drei Kronen, Carl Davidsohn

Fried. Göseke, 7 Filialen

Gebrüder Groh

49 Filialen in Berlin und Vororten

August Holz, Köpenick, Götterstr. 33

Kosmalla, E., 4 Geschäfte

Paul Linder, Strellitzerstr. 45

Butterhandlung Fritz Müth.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen

Schulz, Arth. M., Hermannstr. 66

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meisereien

Stettiner Butterhalle

Invalidenstr. 123, Bismarckstr. 11

Georg Wunder, Ecke Bismarckstr.

Cacao, Choccolato

Althaus, Kristall-Isch, Lindowstr. 16

Cylliax, G., Filialen in all. Städten

Ferd. Hahn, Berlin, Parisergasse 73a

H. Pochke, Schillingstr. 19, Köpenick

Die Fabrikate der "Sarotti"

Chocoladen, Cacao-Industrie-Gesellschaft sind überall erhältlich.

Neu: Simpli-Schokolade

Schütz, Warschauerstr. 32, ggr. 1500

C. Senff, Andrastr. 36

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, N. L., Praterstr. 11

Bräger, J., Neukölln, Bergstr. 37

P. Hofer, Kottbuser Damm 79

Müllerstr. 77, Adrastr. 3, Dresdenstr. 16

Klein, Wilh., Oberbaum 1

A. Kunstmann, Neveus, Priesterstr. 47

Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5

A. K. Meyer, Ncht., Schillingstr. 14

Willy Münter, Ncht., Schillingstr. 14

G. S. Peters, 50, Köpenickstr. 44

Fritz Schneider, Lindenstr. 23

W. Schuster, N., Neanderstr. 28

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9

Callmann, Neukölln, langstr. 132

Dam-Konf., Kriegerd., Adrastr. 10

Dombrowsky, Charl. Fiedl. 31-11

L. Frankenstein, Büschen, Socke

5%, Danzigerstr. 24, 5%

Giesenow & Co.

Schöneberg Hauptstr. 25

Tobias Lowin, Schmoldereimeister

Badstr. 44, I. Spr. Maßanfertigung

Lager in Kabinen u. Kottusen aller Art

Damen-Konfektion

Gebr. Neumann, E. Brodew.

Neuköllner Damen-Konfektion

Centrale, Kottbuser Damm 79

Restat, J., Danzigerstr. 24

Westmann

1. Geschäft: Mohrenstr. 37a

2. Geschäft: Gr. Frankstr. 115

Bei Vorleistung 5% Rabatt.

Wagner, P., Köpenick, Bergstr. 42

Paul Zuteremann

Konfektionshaus - Chausseestr. 86

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann

Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 5

Artelt, Kurt, Allee, Bismarckstr. 43-44

Apoth. Paul Frank, Bernauerstr. 41

Apth. Linder, Schillingstr. 74, Sek. 11

Reich. Assmus, Gerichtstr. 10

Becker, G., Lutharstr. 6

Gustav Bering, Weidenweg 80

H. Bock, Köpenick, Allee 134 a

H. Bock, Köpenick, Allee 134 a

H. Bock, Köpenick, Allee 134 a

